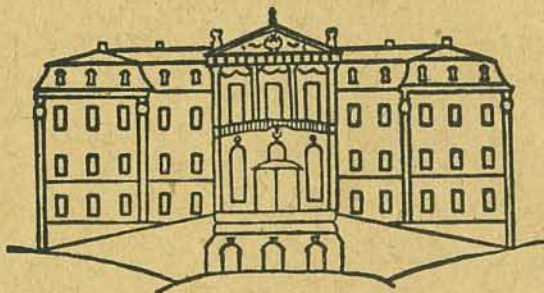


Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung
im Zeitalter des Sozialismus



102

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung
im Zeitalter des Sozialismus

1963

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Einleitung

Spätestens seit der Jahrhundertwende, seit dem Beginn des imperialistischen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung, nimmt die Forderung nach Selbstbestimmung der Völker einen hervorragenden Platz im politischen Kampf ein: als ein Eckstein des modernen Völkerrechts, als eines der wichtigsten Prinzipien der internationalen Beziehungen unserer Gegenwart, als ein wirksames Argument in der politischen Agitation. Immer wieder begegnen wir diesem Begriff in politischen Dokumenten, in den Reden und Aufsätzen der Staatsmänner, der Publizisten und der Repräsentanten des geistigen Lebens.

So hat der am 3. Juni 1963 verstorbene Papst Johannes XXIII. in seiner am Gründonnerstag 1963 veröffentlichten Enzyklika „Pacem in terris“ die Selbstbestimmung, insbesondere auch die soziale, neben dem Aufstieg der Arbeiterklasse und der vollen Teilnahme der Frau am öffentlichen Leben als eines der drei Hauptmerkmale der Menschheitsfamilie unserer Zeit bezeichnet:

„Schließlich bemerken wir in unseren Tagen, daß die Menschheitsfamilie im sozialen wie im öffentlichen Leben eine völlig neue Gestalt angenommen hat. Da nämlich alle Völker für sich Freiheit beanspruchen oder beanspruchen werden, wird es bald keine Völker mehr geben, die über andere herrschen, noch solche, die unter fremder Herrschaft stehen. Denn die Menschen aller Länder und Völker sind entweder bereits Bürger eines freien Staatswesens, oder es ist bald so weit, daß sie es werden, und die Gemeinschaft keines einzigen Stammes will ferner unter fremder Herrschaft stehen. Denn heutzutage schwinden die Auffassungen, die so viele Jahrhunderte überdauerten, auf Grund derer sich manche Menschengruppen für minderwertig hielten, während andere sich überlegen dünkten, sei es wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Stellung, sei es wegen des Geschlechts oder ihres gesellschaftlichen Ranges. Dagegen verbreitete und behauptete sich weitgehend die Auffassung, daß alle Menschen durch die Würde ihrer Natur unter sich gleich seien. Deshalb wird, wenigstens theoretisch, eine Diskriminierung der Rassen in keiner Weise mehr anerkannt.“¹⁾

Völkerrechtlich als verpflichtend für alle UNO-Mitglieder anerkannt ist der Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung in der Charta der Vereinten Nationen, wie sie am 26. Juni 1946 in San Francisco unter Mitwirkung von 50 Staaten zustande gekommen ist. Nachdem im ersten Artikel des ersten Kapitels (Absichten und Grund-

1) Die Friedensbotschaft des Papstes; Hefte aus Burgscheidungen Nr. 96, S. 20 f.

sätze) die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit als Aufgabe der Vereinten Nationen deklariert worden ist, bekennt sich die Weltorganisation dazu,

„freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern auf der Grundlage der Achtung vor dem Grundsatz der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zu treffen, um den allgemeinen Frieden zu befestigen“.

Auch in den weiteren Artikeln gibt es mehrfach Bezugnahmen auf die nationale Selbstbestimmung, so im Artikel 55 des Kapitels IX, das von der internationalen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit handelt und mit dem Satz beginnt:

„Um die Voraussetzungen für Dauerhaftigkeit und Wohlfahrt zu schaffen, die für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen auf der Grundlage der Achtung vor den Grundsätzen der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker notwendig sind, werden die Vereinten Nationen folgendes fördern“,

– nämlich die Erreichung eines höheren Lebensstandards, die Vollbeschäftigung, die friedliche Lösung internationaler Fragen, die kulturelle und erzieherische Zusammenarbeit u.a.m.; sodann in der „Erklärung über die sich nicht selbst regierenden Gebiete“ (Kapitel XI, Artikel 73) und in den Bestimmungen über die internationale Treuhänderschaft (Kapitel XII). Danach sind die für solche Gebiete verantwortlichen UN-Mitglieder gehalten:

„mit dem schuldigen Respekt vor der Kultur der betreffenden Völker deren politischen, wirtschaftlichen, sozialen, erzieherischen Fortschritt, ihre gerechte Behandlung und ihre Verteidigung gegen Mißbrauch zu sichern;

die Selbstverwaltung zu entwickeln, den politischen Bestrebungen der Völker pflichtschuldig Rechnung zu tragen und ihnen in der fortschreitenden Entwicklung ihrer freien politischen Einrichtungen entsprechend den besonderen Umständen jedes Gebietes, seiner Völker und deren verschiedenen Standes des Fortschritts zu helfen“ (Artikel 73);

„den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt der Einwohner der Treuhändergebiete und ihre allmähliche Entwicklung zur Selbstregierung oder Unabhängigkeit, wie es den besonderen Umständen jedes Gebietes, seiner Bevölkerung und den frei ausgesprochenen Wünschen dieser Völker entspricht, zu begünstigen“ (Artikel 76).

Kurz zusammengefaßt besteht demnach die Selbstbestimmung, der Diktion des grundlegenden Dokuments der Vereinten Nationen zufolge, im Recht der Völker auf die freie Bestimmung ihres politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status.

Von besonderer Bedeutung ist das Postulat der Selbstbestimmung heute für das deutsche Volk, in dessen Entwicklung seit 1945 die Westmächte immer wieder störend und hemmend gegen das Wollen des Volkes eingegriffen haben.

Aber auch für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die gerade in den letzten Jahren auf breitester Front große Fortschritte in der Erringung der nationalen Unabhängigkeit gemacht haben, ist die Selbstbestimmung von größter Aktualität.

Das gleiche gilt schließlich von den Vereinigten Staaten, in denen der Kampf um Selbstbestimmung hinsichtlich seines sozialen Elements ein erregendes Kapitel des Tagesgeschehens bildet, reich an Anklagen gegen die amerikanische Wirklichkeit.

Während die Völker auf dem afrikanischen Kontinent der Kolonialherrschaft und den Vorrechten des „weißen Mannes“ radikal ein Ende machen, wenn auch zunächst in bürgerlichen Revolutionen, sehen sich die 14 Millionen Neger der USA auch heute noch einem erbitterten Rassenkampf ausgesetzt. Noch hundert Jahre nach dem nordamerikanischen Bürgerkrieg von 1861/65, der ihnen nach einem grauenvollen Martyrium der Ausbeutung, Drangsalierung und Rechtlosigkeit, beginnend 1617 mit der Verfrachtung der ersten zwanzig Negerklaven nach der ersten Stadt in Nordamerika, Jamestown, im 14. Amendement die bürgerliche Gleichstellung brachte, sind sie in der Wirklichkeit noch weit davon entfernt. Beredete Zeugnisse dafür sind die Rassenkämpfe in den Schulen, in denen wiederholt Militär eingesetzt werden mußte, um der Entscheidung des Obersten Gerichts gegen die Diskriminierung der Neger Geltung zu verschaffen, und die grauenvolle Lynchjustiz.

Mit Bitterkeit, trotzdem in seinem Optimismus angesichts der Gesetzmäßigkeit des historischen Geschehens unerschüttert, mußte so der kürzlich im Alter von 96 Jahren verstorbene amerikanische Forscher, Schriftsteller und Historiker Du Bois, Träger des Lenin-Friedenspreises und Ehrendoktor der Berliner Humboldt-Universität, auf der Leipziger Arbeitstagung für neuere und neueste Geschichte Afrikas im April 1960 von den schwarzen Bürgern der Vereinigten Staaten sagen:

„Der amerikanische Neger ist heutzutage noch größtenteils seiner bürgerlichen Freiheiten und Rechte beraubt; er wird in einem beträchtlichen Ausmaße der Armut und der Diskriminierung ausgesetzt; er ist der Lynchjustiz unterworfen, und es wird ihm in einem gefährlichen Umfang vor allem auch jede Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeit genommen. Trotzdem kann er in seiner Entwicklung nicht aufgehalten werden; sein Kampf verstärkt sich nach Umfang und Inhalt.“²⁾

Angesichts der Bedeutung der nationalen Selbstbestimmung für unsere Gegenwart und ihrer Verwurzelung im modernen Denken und im internationalen Recht ist es den reaktionären Kräften fortan nicht mehr möglich, die Selbstbestimmung einfach abzulehnen oder offen dagegen zu oppo-

2) Geschichte und Geschichtsbild Afrikas, Akademie-Verlag, Berlin, 1960. S. 13

nieren, wenn sie nicht vollends den letzten Kredit verlieren wollen. Auch wer sie nicht will, hütet sich doch vor dem offenen Eingeständnis seiner Gegnerschaft. Unter Ablehnung der Sache operiert er desto eifriger mit dem Begriff. So ist mit dem Postulat der nationalen Selbstbestimmung zugleich ein unerhörter Mißbrauch verbunden. Was den Völkern ein heiliges Recht ist, ein hohes Ziel, und den sozialistischen Ländern die Wirklichkeit ihres Lebens, ist den Reaktionären eine propagandistische Vokabel, ein Schlagwort und eine Phrase.

Und in diesem Sinne, als Phrase und Lüge, wurde die nationale Selbstbestimmung auch während des Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik und in Westberlin im Juni 1963 strapaziert. So heißt es zum Beispiel im Bonner Kommuniké vom 24. Juni:

„Sie (der Präsident und der Bundeskanzler) bestätigten aufs neue die Verpflichtung beider Regierungen, für das Recht auf Selbstbestimmung, wie es in der Satzung der Vereinten Nationen festgelegt ist, und für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit einzutreten.“

In ähnlicher Weise bezog sich Kennedy in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Westberliner Ehrenbürgerrechts am 26. Juni auf die Selbstbestimmung, indem er auf die von ihm selbst gestellte Frage „Was erfordert die Freiheit?“ erwiderte:

„Die Antwort liegt auf der Hand: ein geeintes Berlin in einem geeinten Deutschland, geeint durch freie Selbstbestimmung und im Frieden lebend. Dieses Recht, nach freiem Ermessen zu wählen, ist kein Sondervorrecht, das nur für die Deutschen verlangt wird. Es ist ein Grunderfordernis menschlicher Gerechtigkeit. Es ist deshalb ein Ziel, von dem wir niemals ablassen werden.“

Aber gerade das, die Entscheidung nach freiem Ermessen, verweigert sowohl die Bundesregierung wie die Regierung der Vereinigten Staaten den Völkern, die dieses Recht geltend machen, und zudem, was die schwarzen Bürger der Vereinigten Staaten betrifft und die Mitbestimmung der Politik in Westdeutschland, dem eigenen Volk.

Mit der Selbstbestimmung verhält es sich ähnlich wie mit der Freiheit, der Demokratie, dem Sozialismus oder mit der christlichen Ethik. Denn auch sie sind innerhalb der kapitalistischen Ordnung nicht zu verwirklichen, wie es im vergangenen Jahrhundert bereits die christlichen Sozialreformer (Wichern, Adolf Kolping) erfahren haben und wie es in unserer Gegenwart Albert Schweitzer dadurch beweist, daß er außerhalb des kapitalistischen Westeuropa seine ganze Kraft daran setzen muß, wenigstens persönlich, unabhängig von der Gesellschaft, ein Leben im Einklang mit den christlichen Grundsätzen zu führen.

So richtig die Grundsätze der Vereinten Nationen sind, vermochte die Weltorganisation dennoch angesichts der gesellschaftlichen Struktur ihrer imperialistischen Mitgliedstaaten nicht, die Erwartungen der Völker hinsichtlich der nationalen Selbstbestimmung zu erfüllen, ebensowenig wie der Völkerbund von 1919. Charakteristisch dafür ist das Schicksal der Petitionen der nationalen Minderheiten an den Völkerbund und der Vorstellungen zugunsten kolonialer Völker beim Treuhandschaftsrat der Vereinten Nationen.

Gestützt auf die nach dem ersten Weltkrieg abgeschlossenen Verträge zum Schutze der nationalen Minderheiten, wurden in den Jahren zwischen 1921 und 1931 beim Genfer Völkerbund 525 Petitionen eingebracht, ohne daß darauf, ein paar Fälle ausgenommen, etwas geschehen ist! Genauso traurig ist die Bilanz des Treuhandschaftsrates der Vereinten Nationen, dem in den ersten fünf Jahren seiner Existenz mehr als 700 Eingaben unterbreitet wurden, deren Behandlung jedoch am Widerstand der Kolonialmächte scheiterte! Erleichtert wird den Reaktionären die Irreführung der Völker dadurch, daß auch

„unter vielen sonst recht fortschrittlichen Denkern die Idee einer Welt der grundsätzlichen Gleichberechtigung unter den Völkern von einer klaren Konzeption heute noch recht weit entfernt ist. Wir klammern uns instinktiv an die Figur der Pyramide als Symbol der zivilisierten Welt: Ein Gipfel – kleiner oder größer – der aber die Mehrheit der Menschheit ausschließt, wovon es dann langsam, über Hunderte, ja Tausende von Jahren nach unten ausstrahlt. Für die meisten Menschen stellt eine Generation russischer Schulerfolge oder ein Jahrzehnt chinesischer Flutkontrolle nichts Erstaunliches oder Revolutionäres dar. Wir tun ebenso wenig überrascht, daß nach 90 Jahren amerikanischer Negerbildung 30 Prozent von ihnen immer noch Analphabeten sind. Tatsache ist jedoch nicht nur, daß sie die notwendigen Schulen nicht bekommen haben, sondern auch, daß ein Drittel der Amerikaner immer noch entschlossen ist, daß sie keine guten Schulen haben dürfen.“³⁾

Angesichts der Aktualität der nationalen Selbstbestimmung und ihrer Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Völker und die internationale Entwicklung wird Klarheit über das Wesen der nationalen Selbstbestimmung und über die Geschichte des Kampfes um die Selbstbestimmung zu einer Voraussetzung fruchtbarer politischer Arbeit.

3) DuBois, a.a.O., S. 15

Das Wesen der nationalen Selbstbestimmung

Einen festen Anhaltspunkt für die Definition des Wesens der nationalen Selbstbestimmung bietet Lenin, der diese Probleme in der historischen Situation des alten Rußlands am gründlichsten von allen erlebt und studiert und dann im jungen Sowjetstaat als Staatsmann gelöst hat.

Nach Lenin ist die Selbstbestimmung eine historische Erscheinung des bürgerlichen Zeitalters, ein Charakteristikum der Epoche der bürgerlichen Revolutionen, die in Westeuropa „einen ziemlich bestimmten Zeitraum etwa von 1789 bis 1871 einnimmt, also die Epoche der nationalen Bewegungen und der Herausbildung der Nationalstaaten“. So zu lesen in der in den ersten Monaten des Schicksalsjahres 1914 geschriebenen Abhandlung „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, eingefügt dem Band XX der Werke Lenins. Für Osteuropa und Asien datiert Lenin die Aktualität der Selbstbestimmung mit dem Ausbruch der russischen Revolution von 1905:

„Die Revolutionen in Rußland, in Persien, in der Türkei, in China, die Kriege auf dem Balkan — das ist die Kette von Weltereignissen unserer Epoche in unserem ‚Osten‘. Und in dieser Kette von Ereignissen kann nur ein Blinder das Erwachen einer ganzen Reihe von bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen, von Bestrebungen zur Schaffung national unabhängiger und national einheitlicher Staaten nicht wahrnehmen. Eben weil und nur weil Rußland zusammen mit seinen Nachbarländern jetzt diese Epoche durchmacht, brauchen wir in unserem Programm den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.“⁵⁾

Als Zeitgenosse eines weltweiten Verlangens nach nationaler Selbstbestimmung hat Lenin in seinem politischen Realismus gleich auf den ersten Seiten seiner Abhandlung die klassische Definition der nationalen Selbstbestimmung dahin gegeben:

„Wenn wir also die Bedeutung der Selbstbestimmung der Nationen begreifen wollen, ohne in ein Spiel mit juristischen Definition zu verfallen, ohne abstrakte Begriffsbestimmungen ‚auszuhecken‘, vielmehr indem wir die historischen und ökonomischen Voraussetzungen der nationalen Bewegungen untersuchen, so kommen wir unvermeidlich zu dem Schluß: Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Lostrennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaates zu verstehen.“⁶⁾

5) Lenin, Werke, Band XX, Berlin 1961, S. 409

6) Lenin, a. a. O., S. 399

In diesem Sinne ist die nationale Selbstbestimmung in der russischen marxistischen Literatur stets verstanden worden: nicht nur als politische oder kulturelle Autonomie, sondern als Recht auf den eigenen Nationalstaat. Und so zieht Lenin in dem Schluß der erwähnten Abhandlung das Fazit dahin:

„Vom Standpunkt der marxistischen Theorie im allgemeinen bietet die Frage des Selbstbestimmungsrechts keine Schwierigkeiten. Ernsthaft kann die Rede weder davon sein, die Londoner Entschließung von 1896 anzufechten, noch davon, die Tatsache zu bestreiten, daß unter Selbstbestimmung nur das Recht auf Lostrennung zu verstehen ist, oder die Tatsache, daß die Bildung selbständiger Nationalstaaten eine Tendenz aller bürgerlich-demokratischen Umwälzungen ist.“⁷⁾

Zugleich verdanken wir Lenin die Feststellung, daß die ökonomische Unabhängigkeit, die Autarkie, keinen Bestandteil der nationalen Selbstbestimmung bildet, wie denn auch die ökonomischen Verbindungen zwischen den Völkern im Zeitalter der Weltwirtschaft viel zu eng sind.

Die Lehre von Karl Marx fortführend, hat Lenin sodann noch darauf hingewiesen, und das ist gerade für unsere Gegenwart von besonderer Bedeutung, daß mit der nationalen Selbstbestimmung die soziale eng verbunden ist:

„Es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich mit der ‚Arbeiterfrage‘ die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist.“⁸⁾

Während die nationale Selbstbestimmung gerade in den am weitesten entwickelten Ländern Westeuropas ihre Mission hinsichtlich der Nationalstaatbildung erfüllt hat, harret dagegen die soziale Frage noch der Lösung:

„Nicht der Übergang vom Feudalismus oder von der patriarchalischen Barbarei zum nationalen Fortschritt, zu einem kulturell entwickelten, einem politisch freien Vaterland steht hier auf der Tagesordnung der Geschichte, sondern der Übergang von dem überlebten kapitalistisch überreifen ‚Vaterland‘ zum Sozialismus.“⁹⁾

Im Einklang mit dieser Definition kommt der sowjetische Jurist G. Staruschenko in seinem in der Zeitschrift „Meshdunarodnaja Shisn“ veröffentlichten Artikel „Der Friedensvertrag und das Falschspiel mit der Selbstbestimmung“ zu der Feststellung, daß Selbstbestimmung das Recht aller Völker ohne Ausnahme voraussetzt,

„ohne fremde Einmischung nicht nur alle Fragen ihrer Beziehungen zu anderen Nationen und Völkern bis zur Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten zu entscheiden, sondern auch alle Fragen der inneren Struktur, einschließlich der

1) Lenin, a. a. O., S. 457

2) Lenin, a. a. O., S. 441

3) Lenin, Werke, Band XXIII, Berlin 1957, S. 30

Bestimmung des Gesellschafts- und Staatsaufbaus, der Verfügung über die Naturschätze usw.“,

wie denn auch die Kommunisten

„die nationale Frage als ein der sozialen Befreiung der Werktätigen untergeordnetes Problem betrachten, das Recht auf Selbstbestimmung sowohl aus vielen Nationalitäten bestehenden Völkern als auch einem Teil einer Nation oder Völkerschaft zuerkennen, wenn nur die Selbstbestimmung den sozialen Fortschritt, die Befreiung von der imperialistischen Unterdrückung, von Ausbeutung und Kapitalismus fördert“.

Von den Regierungen des alten Rußland war ebensowenig eine Realisierung der nationalen Selbstbestimmung zu erwarten wie von den übrigen Regierungen Europas. Angesichts der drückenden Lage der nationalen Minderheiten, der „Fremdstämmigen“, die im alten Rußland genau die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten, und ausgehend davon, daß die Politik der Unterdrückung der Nationalitäten eine „Politik der Trennung der Nationen“ und „gleichzeitig die Politik der systematischen Demoralisierung des Volksbewußtseins“ ist¹⁰⁾, versuchte die russische Arbeiterpartei, wenn schon eine grundsätzliche Lösung nicht möglich war, wenigstens Verbesserungen zugunsten der nationalen Minderheiten zu erreichen. Dem diente ein von der sozialdemokratischen Arbeiterfraktion in der IV. Reichsduma eingebrachter Gesetzentwurf über die nationale Gleichberechtigung, der die Aufhebung aller nationalen Beschränkungen für alle Nationen verlangte.

In einem im Mai 1914 geschriebenen Artikel „Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung der Nationen und über den Schutz der nationalen Minderheiten“¹¹⁾ forderte Lenin insbesondere

„die unbedingte Wahrung der Rechte der eigenen Sprache auf der Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung, zum Beispiel des Rechts, von den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten, in der die Anfrage erfolgte“.

Eine Bekräftigung seiner These vom Recht auf Los-trennung von einer fremden Nationalgemeinschaft als Wesen der nationalen Selbstbestimmung erblickte Lenin in der Trennung Norwegens von Schweden im Jahre 1905, die im nächsten Abschnitt näher behandelt wird.

Als dann der Oktober 1917 heranreifte, als der Sturz des Zarismus und der Aufbau des sowjetischen Staates auf der Tagesordnung stand, versuchte Lenin sogleich die nationale Selbstbestimmung sowohl im Innern wie in den internationalen Beziehungen im Einklang mit der marxistischen De-

finition zu verwirklichen. So schrieb er in dem wenige Wochen vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im „Rabotschi Put“ veröffentlichten Artikel „Die Aufgaben der Revolution“¹²⁾:

„Die Hauptbedingung für einen demokratischen Frieden ist der Verzicht auf Annexionen (Eroberungen) – nicht in dem falschen Sinne, daß alle Mächte das Verlorene zurückgewinnen, sondern in dem einzig richtigen Sinne, daß ausnahmslos jede Völkerschaft, sowohl in Europa wie in den Kolonien, die Freiheit und die Möglichkeit erhält, selbst zu entscheiden, ob sie einen separaten Staat bilden oder einem beliebigen anderen Staat angehören will.“

Ähnliche Gedanken entwickelte Lenin in der Rede über den Frieden am 8. November 1917, in der er den Entschluß der Sowjetregierung bekanntgab, einen sofortigen Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen abzuschließen.¹³⁾

Noch mehr ins Einzelne gehend entwickelte Lenin das Wesen der nationalen Selbstbestimmung in dem Konzept eines Programms für die Friedensverhandlungen, in dem es u. a. heißt:

„1. Offizielle Anerkennung des freien Selbstbestimmungsrechts bis zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates für jede (nichteigenstaatliche) Nation, die dem jeweiligen kriegführenden Land angehört;

2. das Recht auf Selbstbestimmung wird verwirklicht durch ein Referendum der gesamten Bevölkerung des Gebiets, das vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch macht;

3. die geographischen Grenzen des vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch machenden Gebiets werden durch demokratisch gewählte Vertreter dieses und der angrenzenden Gebiete festgelegt.“¹⁴⁾

Des weiteren fordert Lenin in diesem Zusammenhang noch den Abzug der Truppen aus den Gebieten die vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch machen.

Zusammenfassend ist demnach festzustellen, daß die nationale Selbstbestimmung besteht

1. in dem Recht jeder Nation auf einen eigenen Staat,
2. in dem Recht auf Trennung von einer fremden Nationalgemeinschaft und
3. in der freien Entscheidung über den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status.

¹⁰⁾ Lenin, Werke, Band XX, Berlin 1961, S. 234

¹¹⁾ Lenin, a. a. O., S. 281

¹²⁾ Lenin, Werke, Band XXVI, Berlin 1961, S. 45

¹³⁾ Lenin, a. a. O., S. 239

¹⁴⁾ Lenin, a. a. O., S. 346

Geschichtliche Beispiele nationaler Selbstbestimmung

Da das Altertum und das Mittelalter Nationen und Nationalstaaten nicht kannten, war ihnen auch der Gedanke der nationalen Selbstbestimmung fremd. Und fremd war die nationale Selbstbestimmung auch dem Gründer des Deutschen Reiches vom 18. Januar 1871, Bismarck, obwohl er mitten hineingestellt war in die Hochflut nationaler Bewegungen.

„Bismarcks politisches Weltbild ist ja stets bestimmt worden durch das Bekenntnis zum Staats-, noch nicht zum Volksgedanken.“¹⁵⁾

Wichtiger als die öffentliche Meinung, als das Wollen des Volkes waren Bismarck die Dynastien und ihre Interessen. Die öffentliche Meinung jedoch war Bismarck lediglich ein „Lärm der Redner und der Zeitungen“¹⁶⁾, tauglich bestenfalls für Pressionen. Geradezu mit Genugtuung nahm Bismarck für sich in Anspruch, daß er nie darüber im Zweifel gewesen sei, „daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik, in Parlamenten und Presse oder bei der Barrikade“.¹⁷⁾ Nach Bismarcks Meinung bedurfte der deutsche Patriotismus, „um tätig und wirksam zu werden, geradezu der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit“:

„Die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit konzentriert. Wenn man den Zustand fingierte, daß sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde, auch nicht in der Form föderierter Hansestädte und Reichsdörfer. Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verlorenginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühle der Fürsten liegt.“¹⁸⁾

Und diese Auffassung ist auch charakteristisch für die Politik Bismarcks, die durchweg unabhängig vom Volkswillen, ja gegen die Vorstellungen der Nation durchgeführt worden ist. Schon die „schleswig-holsteinische Aufgabe“, die seit 1815 das deutsche Volk immer wieder in Bewegung brachte, hat Bismarck, wie es auch sein Biograph Marcks bestätigt, nicht mit, sondern gegen Deutschland gelöst. Zu ähnlichen Feststellungen sind auch

¹⁵⁾ Windelband, Bismarck und die europäischen Großmächte 1879/1885, S. 19

¹⁶⁾ Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart 1928, S. 346

¹⁷⁾ a. a. O., S. 262

¹⁸⁾ a. a. O., S. 264

andere Historiker bis in die neueste Zeit hinein gelangt. So schreibt zum Beispiel Walter Busmann in seinem 1956 erschienenen Buch „Das Zeitalter Bismarcks“ im Hinblick auf die schleswig-holsteinische Aufgabe:

„So war zur größten Überraschung der Zeitgenossen mit den Mitteln einer Kabinettspolitik und durch die erfolgreiche Führung eines Koalitionskrieges sowie im Gegensatz zur nationalen und populären Bewegung das alte nationale Ziel der Befreiung der Herzogtümer erreicht worden.“¹⁹⁾

Ebenso erfolgte die Reichsgründung, die Begründung der nationalen Einheit, von der im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ gesagt wird, daß sie nach 1848/49 auf zwei grundsätzlich verschiedenen Wegen möglich war:

„dem Weg der Revolution von unten (die gesamtdeutsche Republik als Ergebnis einer revolutionären Volksbewegung gegen die Dynastien und ihre sozialen und politischen Stützen innerhalb und außerhalb Deutschlands) oder dem Weg der ‚Revolution von oben‘ (die Einigung unter der Hegemonie des preussischen Staates und der Erhaltung der meisten Dynastien“²⁰⁾), nach ihrer Form entgegen dem Volksinteresse. So heben denn auch die meisten Bismarck-Biographen hervor, daß die Reichsgründung nicht aus der Volksbewegung, „nicht aus Parteibesprechungen und Abstimmungen, sondern aus diplomatischen Verhandlungen im hergebrachten Stil der Bundespolitik“ (Kaehler) hervorgegangen ist.

Wohl aber war der Gedanke der nationalen Selbstbestimmung heimisch in der internationalen Arbeiterbewegung. So wird zum Beispiel in der Ersten Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation über den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 anerkennend der Beschluß einer Arbeiterversammlung in Braunschweig angeführt, der für die Völker die Macht verlangt, über Krieg und Frieden zu entscheiden, sie so zu Herren ihrer eigenen Geschicke und die Wiederholung eines solch ungeheuren sozialen Unglücks, wie es der Krieg ist, unmöglich macht.²¹⁾

Im Einklang mit diesen Gedanken haben die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, die zweite Phase des Deutsch-Französischen Kriegs, den Übergang zum Eroberungskrieg, scharf verurteilt, insbesondere die Annexion Elsaß-Lothringens, ausgehend davon, daß das Volk von Elsaß-Lothringen, wie es in der Zweiten Adresse des Generalrats heißt, sich nicht gerade nach deut-

¹⁹⁾ W. Busmann, Das Zeitalter Bismarcks, S. 80

²⁰⁾ Einheit, Sonderheft August 1962, S. 79

²¹⁾ Marx/Engels, Werke, Band XVII, Berlin 1962, S. 6

scher Umarmung gesehnt habe. Weit in die Zukunft weist die Feststellung in dieser Adresse:

„Die Geschichte wird ihre Vergeltung bemessen nicht nach der Ausdehnung der von Frankreich abgerissenen Quadratmeilen, sondern nach der Größe des Verbrechens, daß man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Politik der Eroberungen aufs neue ins Leben gerufen hat.“²¹⁾

Aber nicht nur im Deutsch-Französischen Krieg ist Karl Marx unabhängig von seiner nationalen Zugehörigkeit für die Selbstbestimmung eingetreten, sondern auch Irland und Polen gegenüber. Anschaulich hat Lenin darauf in seiner Abhandlung „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ verwiesen:

„Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie er sich ausdrückte, ‚auf den Zahn zu fühlen‘, sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen. Nachdem er Lopatin kennengelernt hat, schreibt er am 5. Juli 1870 an Engels ein im höchsten Grade schmeichelhaftes Urteil über den jungen russischen Sozialisten, fügt dem jedoch hinzu:

„Schwacher Punkt: Polen. Hier spricht er ganz wie ein Engländer – say an English chartist of the old school (etwa wie ein englischer Chartist der alten Schule) – von Irland.“

Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (der englischen und der russischen) gemeinsam ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, übernommen von der ‚Großmacht‘ bourgeoisie.“²²⁾

Einen hervorragenden Platz in der marxistischen Literatur über die nationale Selbstbestimmung nimmt der Internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß ein, der 1896 in London tagte und in seiner abschließenden Entschliebung ein uneingeschränktes Bekenntnis zur nationalen Selbstbestimmung abgelegt hat. Besonders bedeutungsvoll an dieser Resolution im Hinblick auf unsere Gegenwart ist, daß die Bejahung der nationalen Selbstbestimmung zugleich verbunden ist mit einer Kampfansage an den Kapitalismus, mit dem Aufruf, die kapitalistische Ordnung zu stürzen:

„Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jeden Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet. Er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen

Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“²³⁾



Das erste Beispiel eines harten, erfolgreichen Waffengangs für die nationale Selbstbestimmung in einem komplizierten historischen Prozeß bildet die Trennung der amerikanischen Kolonien Englands vom Mutterland 1776 bis 1783. Im Unterschied zu der Entwicklung in Afrika und Asien wurde diese Bewegung nicht von der einheimischen Bevölkerung getragen, sondern von den Einwanderern, die mit den Bürgern der britischen Inseln größtenteils durch die gemeinsame Abstammung und eine Sprache verbunden waren.

Viele der Kolonisten, Puritaner, Katholiken, aber auch die Mährischen Brüder und deutsche Protestanten, hatten ihres Glaubens wegen die alte Heimat verlassen, aus Protest gegen die religiöse Unterdrückung. Leider hinderte sie das nicht, den indianischen Ureinwohnern der neuen Welt gegenüber nach der brutalen Losung zu handeln: „Der einzige gute Indianer ist der tote Indianer – der Wilde muß gehen!“, so daß schließlich den Indianern nur noch Reservate in der angestammten Heimat verblieben sind.

Mit dem zunehmenden Selbstbewußtsein, wurzelnd auch darin, daß sie sich in ihren Kämpfen und Kriegen größtenteils auf die eigene Kraft angewiesen sahen, dehnten die Kolonisten das Recht, das sie einst für ihren Glauben in Anspruch genommen hatten, nun auch auf die bürgerlichen Verhältnisse aus. „Wie vormals für Glaubensfreiheit, ward jetzt für die politische Unabhängigkeit gestritten.“

Damals ging es Großbritannien nicht nur um die Aufrechterhaltung alter Vorrechte gegen eine aufbegehrende Bevölkerung, sondern das merkantilistische England der damaligen Zeit versuchte auch noch, über die alte Abhängigkeit der Kolonien hinaus, die darin bestand, daß Handel und Schifffahrt von England aus geleitet wurden und die Produktion drosselnden Bestimmungen unterlag, den amerikanischen Kolonien neue Auflagen und Zölle aufzuerlegen. Dagegen setzten sich die Kolonien mit wachsender Entschiedenheit zur Wehr, indem sie geltend machten:

„Nur das Unterhaus habe das Recht, Steuern zu bewilligen; und da die amerikanischen Untertanen Seiner Majestät im Parlament nicht vertreten seien, könne folglich auch von einer Besteuerung derselben nicht die Rede sein.“

Mit Protesten gegen die britischen Teezölle, dem sogenannten Teesturm von Boston, in dem am 18. Dezember 1773 eine ganze Schiffsladung Tee, das Pfund mit 3 Pence zu verzollen, ins Meer geworfen wurde, nahmen Ereignisse weltgeschicht-

²¹⁾ ebd., S. 274

²²⁾ Lenin, Werke, Band XX, Berlin 1961, S. 440

²³⁾ Lenin, a. a. O., S. 219 u. 345

lichen Formats ihren Anfang, die am 4. Juli 1776 zur Unabhängigkeitserklärung und damit zum Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltgeschichte führten.

„Die zentrale Forderung der Revolution war überall die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit.“²⁵⁾ Zugleich aber war die nationale Unabhängigkeit eine wirtschaftliche Notwendigkeit ersten Ranges. Unter den alten Abhängigkeitsverhältnissen, die es den Kolonien untersagten, Stahl zu produzieren, Blechschmieden und Eisenhämmer anzulegen und über die Grenzen der eigenen Provinz hinaus Handel zu treiben, war eine wirtschaftliche Entwicklung des auch in Nordamerika aufstrebenden Kapitalismus nicht möglich.

Was der amerikanische Historiker William Z. Foster im Hinblick auf Lateinamerika festgestellt hat, gilt ohne Einschränkung auch für Nordamerika und die britische Metropole: „Den Kolonien das Lebensblut auszusaugen, ihre Ländereien und Industrien, ihren Handel und ihre Arbeitskraft nur als Objekte rücksichtsloser Ausbeutung einzig und allein zum Wohl einer verhältnismäßig kleinen Zahl von parasitären Besitzenden und Herrschern in Europa und Amerika zu betrachten, das war die ein für allemal festgelegte Linie dieser Metropolen.“²⁶⁾

Gewiß gab es auch in England einige einsichtige und weit-sichtige Politiker, die gegen die Blindheit ihrer Klasse aufbegehrten. Der damalige Führer der Opposition Edmund Burke verglich die Kolonisten mit „zu Tode gehetzten wilden Tieren, die sich nun gegen die Verfolger wehren“, und William Pitt, dem später sein hartnäckiger Widerstand gegen die Französische Revolution den Titel eines Lord Chatham einbrachte, gab 1775 dem Unterhaus warnend zu bedenken:

„Es ist kein noch so ärmlicher Bettler in den Straßen Londons, der nicht ‚unsere amerikanischen Untertanen‘ spräche! der sich nicht für einen Gesetzgeber Amerikas ansähe! Aber, Mylords, außer der alten, verfassungsmäßigen Abhängigkeit Amerikas, sich Handel und Schifffahrt von England bestimmen zu lassen, worauf gründen sich die anderen Rechte, welche wir ausüben wollen?“

Der Erringung der nationalen Selbstbestimmung in Nordamerika folgten in den nächsten Jahrzehnten die Unabhängigkeitskämpfe in dem damals reicheren und an Bevölkerung zahlreicheren Lateinamerika, in denen Spanien zwischen 1810 und 1826 seine sämtlichen Besitzungen in der neuen Welt wieder verloren hat.

Eine neue Enttäuschung erlebte in dieser Entwicklung England, das darauf spekulierte, das spanische Erbe an sich bringen zu können. „Es ist geschehen“, so ließ sich 1825 der

damalige britische Außenminister Canning vernehmen, „der Nagel ist hineingetrieben, Spanisch-Amerika ist frei; und es ist englisch, wenn wir unsere Sache nicht elend verpatzen.“²⁷⁾

Statt von spanischen in britische Hände gingen die ehemaligen Kolonien in Lateinamerika jedoch, wiederholt durch Einmischungsversuche anderer Mächte bedrängt, den Weg in die Eigenstaatlichkeit. Es wurden frei Haiti 1804, Paraguay und Venezuela 1811, Argentinien 1816, Chile 1818, Kolumbien 1819, Mexiko, Kosta-rika, Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Peru 1821, Brasilien und Ekuador 1822, Bolivien und Uruguay 1825, die Dominikanische Republik 1844, Kuba 1898 und Panama 1903.

Im 19. Jahrhundert gelang es auch den Völkern Südosteuropas, die nationale Unabhängigkeit zu erringen. Durchweg waren dem Sieg der nationalen Bewegungen große Volksaufstände gegen die Türken vorausgegangen, die seit dem 14. Jahrhundert diese Gebiete beherrschten und deren Herrschaft sich immer mehr als ein Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte erwiesen hatte. Die Bourgeoisie dieser Länder, die sich inzwischen im Einklang mit der europäischen Gesamtentwicklung herausgebildet hatte, fühlte sich auf Schritt und Tritt in ihrer wirtschaftlichen Aktivität behindert und in ihrem Selbstbewußtsein durch die Barbarei des osmanischen Staates erniedrigt.

1821 erlangte Griechenland in wechselvollen Kämpfen unter der Führung der Philike Hetairia, an deren Spitze das Brüderpaar Ypsilanti stand, seine Freiheit unter der Sympathie der europäischen Völker. Bekannt ist die Teilnahme Lord Byrons mit seinen Freiwilligen an den griechischen Freiheitskämpfen. England selbst hatte allerdings nicht die Absicht, „aus Griechenland ein unabhängiges Königreich zu machen“²⁸⁾, weil es die Türkei als Barriere gegen Rußland erhalten wollte. „Im Grunde genommen wurde das Schicksal Griechenlands durch den Russisch-Türkischen Krieg 1828/29 entschieden. Marx und Engels schrieben, daß die russische Armee durch ihren Vormarsch über das Balkangebirge in das Maritzatal den Ausgang des griechischen Aufstandes entschieden hat.“²⁹⁾

1829 folgten Rumänien, 1878 Bulgarien und das heutige Jugoslawien, das seit der berühmten Schlacht auf dem Amsfeld 1389 das türkische Joch getragen hatte, und 1912 schließlich Albanien. Unterstützung fanden die jungen Nationalstaaten, wie zuvor bereits Griechenland, an Rußland. Es waren nicht zum wenigsten die russischen Siege in den Kriegen gegen die Türken, die es diesen Ländern er-

²⁵⁾ ebd., S. 235

²⁶⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Gesammelte Schriften 1852/62, Band II, S. 15

²⁷⁾ Große Sowjet-Enzyklopädie, Geschichte Griechenlands, S. 10

²⁵⁾ William Z. Foster, Abriss der politischen Geschichte beider Amerika, Berlin 1957, S. 179

²⁶⁾ ebd., S. 233

möglichten, ihre nationale Freiheit zu erringen und zu behaupten. Mehrfach ist darauf auch von Karl Marx und Friedrich Engels hingewiesen worden. „Die slawischen Völker der Balkanhalbinsel“, so schrieben sie, sahen in Rußland „ihren Halt, ihre Stütze, ihren Befreier, ihren Messias“.³⁰⁾

Mit der Proklamierung der Unabhängigkeit innerhalb der kapitalistischen Welt war freilich die volle Freiheit noch nicht erreicht – sei es, daß den jungen Staaten Könige aus fremden Nationen oktroyiert wurden – so erhielt Griechenland zunächst einen bayrischen und nach dessen Absetzung einen dänischen Prinzen als König – oder sie einbezogen wurden in die Interessenkämpfe der europäischen Großmächte auf dem Balkan, in denen Albanien zum Beispiel fünf Jahre nach seiner Unabhängigkeitserklärung vorübergehend ein italienisches Protektorat bildete.

Neben den nationalen Elementen der Selbstbestimmung der Völker machten sich auch in Südosteuropa sehr schnell die sozialen geltend. Erst der Sieg der Sowjetunion im Anti-Hitler-Krieg gab den Nationalstaaten des Balkans ein stabiles Fundament und führte mit der Bildung der Volksrepubliken zur vollen Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung.

★

Ein Beispiel für die Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung auf friedlichem Wege bietet die Trennung Norwegens von Schweden im Jahre 1905.

Norwegen hatte fünf Jahrhunderte hindurch, von 1380 bis 1814, zu Dänemark gehört, wie denn auch die großen norwegischen Dichter Björnson und Ibsen ihre Werke in dänischer Sprache geschrieben haben. Als Schwedens Pläne hinsichtlich einer schwedischen Ostseeherrschaft an der Realität der geographischen Lage und der Größe Rußlands gescheitert waren, richteten sich die Blicke derer, die mit den natürlichen Grenzen nicht zufrieden waren, auf Norwegen. Ihnen gelang es dann durch den ehemaligen Marschall Napoleons I., Jean Baptiste Bernadotte, der in den napoleonischen Kriegen zum Kronprinzen und König von Schweden avanciert war, auf dem Wiener Kongreß 1815 die Personalunion Schwedens mit Norwegen zu erreichen.

Die Auflehnung gegen diese Vereinigung wider den Willen des Volkes erwies sich als stärker als die ökonomischen Bande zwischen beiden Ländern. Nach einer langen Serie von Konflikten, in denen wiederholt schwedisches Militär gegen Norwegen eingesetzt worden war, hob der norwegische Storting im August 1905 die Personalunion mit Schweden auf. In dem nachfolgenden Referendum wurde diese Entscheidung am 13. August 1905 mit 368 200 gegen 184 Stimmen gebilligt. Die

³⁰⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Gesammelte Schriften, Band I, S. 166

Aristokratie und die Geistlichkeit Schwedens dachten zunächst an Krieg, fügten sich dann aber der Entscheidung des norwegischen Volkes.

Als Lenin in seiner im April 1914 geschriebenen Abhandlung „Zur Frage der nationalen Politik“ mit dem Kadetten Kokoschkin abrechnete, der die Ansicht vertrat, mit der politischen Selbstbestimmung der Nationen vorsichtig umzugehen, damit sie nicht zum Verfall des Staates führe, ging er dabei auch auf die Trennung Norwegens von Schweden ein, um an diesem Beispiel den Beweis zu führen, daß die norwegisch-schwedische Lösung beiden Völkern zugute gekommen ist:

„Die Lösung der gewaltsamen Bindung bedeutete Stärkung der freiwilligen wirtschaftlichen Verbindung, verstärkte kulturelle Annäherung, stärkere gegenseitige Achtung zwischen diesen beiden einander in der Sprache und anderem so nahestehenden Völkern. Die Gemeinsamkeit, die Verbundenheit des schwedischen und des norwegischen Volkes haben in Wirklichkeit durch die Lostrennung gewonnen, denn die Lostrennung war die Lösung der gewaltsamen Bindungen.“³¹⁾

★

So hatte sich der Gedanke der Selbstbestimmung der Völker zu einer machtvollen Bewegung entwickelt, als 1914 der erste Weltkrieg über Europa hereinbrach. Ein hervorragendes Beispiel der vollen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in dieser Phase der geschichtlichen Entwicklung bot Rußland nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die Sowjetregierung machte Ernst mit den von Lenin verkündeten Grundsätzen und gab allen Völkern des weiten Reiches die Möglichkeit der vollen Entfaltung ihrer nationalen Eigenart. Vorbei war es nunmehr für immer mit der Unterdrückung der nationalen Volkskultur, wie sie in der zaristischen Zeit gang gäbe war, mit dem Verbot, sich in den Schulen und den Amtsstellen der Muttersprache zu bedienen.

Am 15. November 1917 verkündete die Sowjetregierung die „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“, die die Gleichheit und Souveränität aller Völker proklamierte, das Recht auf freie Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates, die Abschaffung der nationalen und religiösen Privilegien und Einschränkungen sowie die freie Entwicklung der auf dem Territorium Rußlands siedelnden nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen.

Am 3. Dezember 1917 setzte der Rat der Volkskommissare in einem Aufruf „An alle werktätigen Mohammedaner Rußlands und des Ostens“ die sowjetischen Völker davon in Kenntnis, daß alle ungleichen Verträge ihre Rechtskraft verloren haben.

³¹⁾ Lenin, Werke, Band 28, Berlin 1959, S. 218

In einem Manifest an das ukrainische Volk vom 16. Dezember 1917 wurde der Ukraine das Recht auf Selbständigkeit zuerkannt. Wenige Tage später folgte dieser Erklärung die Gründung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik.

Am 31. Dezember 1917 wurde ferner Finnland, 1808 dem russischen Reich als autonomes Großfürstentum angegliedert, auf Ersuchen der bürgerlichen Regierung Svinhufvud vom Rat der Volkskommissare Sowjetrußlands als unabhängige Republik anerkannt.

Am 25. Dezember 1917 gab das Allrussische Zentralkomitee der RSFSR die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit der Sozialistischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen bekannt. Allerdings gelang es hier in den Jahren des Bürgerkriegs den Interventionen und Weißgardisten noch einmal, dem Volk die Selbstbestimmung zu nehmen und die Macht an die Bourgeoisie und an die baltischen Barone zu übertragen. Trotzdem gewährte die Sowjetunion in der Zeit der Bedrohung durch den deutschen Faschismus diesen Ländern mit den nach dem Beispiel des am 29. November 1932 mit Frankreich abgeschlossenen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag sowie den Beistandspakten von 1939 ihren Schutz.

Versuche der herrschenden Kreise dieser Länder, die Erfüllung der Verträge zu hintertreiben, scheiterten am Widerstand der Völker, die nunmehr der Herrschaft der Bourgeoisie ein Ende machten. Dem Sturz der alten Regierungen folgten im Juli 1940 die Wahlen zum Volkssejm bzw. zur Staatsduma und die Ausrufung der Sowjetrepublik. In den Tagen vom 3. bis zum 6. August 1940 erklärten die neuen Sowjetrepubliken ihren Beitritt zur UdSSR.

Ebenso erkannte die Sowjetunion 1918 die Unabhängigkeit Polens an, das freilich, nachdem dort die Gutsherren und die Bourgeoisie die Macht an sich gerissen hatten, in den Krieg der Interventionen gegen die Sowjetunion gezerzt wurde.

In Auswirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erlangten in der UdSSR alle Völker die nationale Unabhängigkeit und freie Entfaltungsmöglichkeiten. Es gibt keine herrschenden und keine unterdrückten Rassen und Nationen mehr, sondern nur noch gleichberechtigte Völker. „In der Existenz von 15 Unionsrepubliken, 19 autonomen Republiken, 9 autonomen Gebieten und 10 nationalen Kreisen“, so wird in der Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit Genugtuung festgestellt, „kommt so überzeugend zum Ausdruck, daß in der UdSSR das Recht der Nation auf Selbstbestimmung, d. h. auf selbständige staatliche Existenz, verwirklicht ist.“

In diesem Rahmen konnten sich die Völker der Sowjetunion frei und ungehindert entfalten. Völker, die bisher die Herausbildung ihrer Nationalität unter den Bedingungen der zaristischen Herrschaft nicht vollenden konnten, brachten

diese Entwicklung nunmehr als sozialistische Nationen zum Abschluß, so z. B. die Turkmenen, Usbeken, Tadshiken, Kasachen, Kirgisen, Jakuten und Karakalpakern. Rückständige Gebiete verwandelten sich im Zeichen des Sozialismus in Zentren einer hochentwickelten Industrie und einer produktionsstarken, weitgehend mechanisierten Landwirtschaft. Zahlreiche Völkerschaften konnten nun auch eine eigene Schriftsprache entwickeln. Aus den Volksmassen, die bis zur Oktoberrevolution vielfach zur Unwissenheit verdammt waren, entwickelten sich qualifizierte Facharbeiter und Kader für die Leitung des Staates und der Wirtschaft. Den ökonomischen Erfolgen entsprach der wachsende Anteil am kulturellen Leben.

Erleichtert wurde der Bevölkerung der Sowjetunion die Geltendmachung ihrer besonderen nationalen Belange noch dadurch, daß der Oberste Sowjet im Nationalitätensowjet eine besondere Körperschaft umfaßt, die zuständig ist für die Wahrung der speziellen Interessen der einzelnen Nationen, und durch die Erweiterung der Kompetenzen der Unionsrepubliken im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus.

*

In Österreich-Ungarn sprengten die tiefgreifenden nationalen und sozialen Gegensätze, die bereits die vielen Niederlagen der österreichisch-ungarischen Armee auf den verschiedensten Kampffronten mit verursacht hatten, auch das politische Gefüge der Habsburger Monarchie nach 600jähriger Existenz.

„Größten Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Österreich-Ungarn hatte der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland. Der Einfluß der Oktoberrevolution auf alle Völker Österreich-Ungarns war gewaltig. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution versetzte dem ganzen System des auf Unterdrückung beruhenden Nationalitätenstaates einen vernichtenden Schlag; er machte sein Weiterbestehen unmöglich, bedingte seinen Zerfall und rief im ganzen Lande eine gewaltige nationale Befreiungs- und revolutionäre Bewegung hervor.“²⁾

Am 11. Oktober 1918 sagten sich mit einer Erklärung des aus Vertretern der Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes gebildeten Nationalen Rates in Krakau die vorher zu Österreich-Ungarn gehörigen polnischen Gebietsteile von der habsburgischen Monarchie los. Am 14. Oktober traten in Böhmen und Mähren die Arbeiter für die Errichtung einer unabhängigen tschechoslowakischen Republik in den Generalstreik, dem am 28. Oktober 1918 die Proklamierung des neuen Staatswesens folgte. Am 29. Oktober 1918 proklamierte der Generalrat der Slowenen, Kroaten und Serben den jugoslawischen Staat. Am 16. November erfolgte nach einem Aufstand in Budapest die Loslösung Ungarns, die

²⁾ Große Sowjet-Enzyklopädie, Geschichte Österreichs, S. 51

Wiedererrichtung eines selbständigen ungarischen Staates nach einer 400jährigen Unterbrechung. Und im Dezember 1918 schließlich verkündete die Nationalversammlung in Bukarest die Trennung der von Rumänen besiedelten Landesteile Ungarns aus dem alten Staatsverband und ihren Anschluß an Rumänien.

Damit hatte der reaktionäre Nationalitätenstaat der Habsburger aufgehört zu existieren. An seine Stelle traten, nachdem auch das deutschsprachige Österreich einen eigenen Staat gebildet hatte, eine Reihe bürgerlicher Nationalstaaten. Belastet wurde ihre Entwicklung dadurch, daß die bürgerlichen Regierungen dieser Länder in Einklang mit der Politik der imperialistischen Mächte des Westens alles daransetzten, die revolutionären Bewegungen einzudämmen und die Aktivität der Völker ausschließlich auf nationale Zielsetzungen zu beschränken. Die Volksmassen dagegen, wach geworden in dem Kriegsgemetzel, forderten mehr als eine bloß formale Demokratie und wandten sich gegen diese Beschränkungen und gegen die Opportunisten in den eigenen Reihen.

„Solange sich unser Kampf im Rahmen der bürgerlichen Ordnung hielt, mußten die Sozialisten, die Kämpfer für die Befreiung der Werktätigen von der Ausbeutung, die bürgerlichen Parlamente ausnutzen als eine Tribüne, als einen Stützpunkt für die propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit. Sich aber heute, da die Weltgeschichte die Zerstörung dieser ganzen Ordnung, den Sturz und die Niederhaltung der Ausbeuter, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt hat, sich heute auf den bürgerlichen Parlamentarismus, auf die bürgerliche Demokratie beschränken, sie als ‚Demokratie‘ überhaupt beschönigen, ihren bürgerlichen Charakter vertuschen und vergessen, daß das allgemeine Wahlrecht, solange das Eigentum der Kapitalisten erhalten bleibt, ein Werkzeug des bürgerlichen Staates ist – das heißt, das Proletariat schändlich verraten, auf die Seite seines Klassenfeindes, der Bourgeoisie, übergehen, heißt Verräter und Renegat sein.“³³⁾

Bereits im November 1918 bildeten sich in Ungarn nach dem Beispiel der Geschehnisse in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland ganz spontan die ersten Räte, gingen die Bauern daran, das Land der Magnaten unter sich aufzuteilen. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Proklamierung der ungarischen Räterepublik am 21. März 1919. Auch hier hatte das Volk verstanden,

„daß die demokratische Republik eine bürgerlich-demokratische Republik ist, die, gemessen an den vom Imperialismus auf die Tagesordnung der Weltgeschichte gesetzten Fragen, schon veraltet ist.“³⁴⁾

Und nun enthüllte die westliche Demokratie ihr Gesicht. Unter Führung der von Woodrow Wilson geleiteten Delegation der USA auf der Versailler Friedenskonferenz

leiteten die imperialistischen Mächte gegen die soziale Selbstbestimmung des ungarischen Volkes eine Intervention ein, in deren Zuge ein auf dem Balkan stationiertes französisches Expeditionskorps, das für den Einsatz in der Sowjetunion bestimmt war, und Truppenverbände der bürgerlichen Nachbarstaaten gegen Ungarn in Bewegung gesetzt wurden mit dem Auftrag, die Räterepublik gewaltsam zu vernichten.

Die Konzeption der westlichen Demokratien zielte nicht auf die Bildung unabhängiger Nationalstaaten auf dem Boden der Habsburger Monarchie hin, sondern sie war darauf gerichtet, diese Staaten ihrer sowjetfeindlichen Politik dienstbar zu machen als einen Rammbock gegen die Sowjetunion. In diesem Zusammenhang war den Westmächten die nationale Selbstbestimmung ein Gegenstand des Mißbrauchs. Als damals der Herausgeber der Pariser Zeit „La Victoire“ schrieb, „der Sieg über die Deutschen genüge Frankreich nicht, es müsse auch den Bolschewismus besiegen“³⁵⁾, da sprach er nur aus, was Wilson, Lloyd George und Clemenceau mit ihrer Politik ohnehin erstrebten.

Charakteristisch für diese Mächte ist ihre Art der Behandlung der polnischen Frage. Bewußt hatten sie bei der Regelung der territorialen Neuordnung Europas die polnische Ostgrenze offengelassen, um den Appetit der polnischen Pans auf sowjetische Gebiete zu nähren.

„Der Versailler Frieden hat aus Polen einen Pufferstaat gemacht, der Deutschland vor der Berührung mit dem Kommunismus Sowjetrußlands bewahren soll und den die Entente als Waffe gegen die Bolschewiki betrachtet.“³⁶⁾

Im April 1920 glaubten die Westmächte, mit dem polnischen Angriff auf die Sowjetunion in der Durchsetzung dieses Zieles vorankommen zu können. Wenige Monate später jedoch war dieser Traum an der Schärfe der sowjetischen Waffen und der Elastizität der sowjetischen Diplomatie zerschellt.

Gründlich zerstört in all diesen Auseinandersetzungen wurde aber auch die Legende von Wilson als dem Vorkämpfer für die nationale Selbstbestimmung der Völker und den gerechten Frieden. Der „Abgott der Kleinbürger und Pazifisten“³⁷⁾ war entthront!

Als die Vereinigten Staaten noch nicht in den Krieg eingegriffen hatten, hatte Wilson, zwischen 1913 und 1921 Präsident der USA, sich immer wieder in der Rolle eines Vorkämpfers für die nationale Selbstbestimmung gefallen. Im Mai 1916 hatte Wilson in der „League to Enforce Peace“ das „Recht der Selbstbestimmung für bedeutende nationale Gruppen“ und „das Recht kleiner Nationen, daß ihre Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit international geachtet werde“, in seinem illusionären Plan für den Weltfrieden an die Spitze gesetzt. Am 22. Januar 1917 wiederum hatte er den

³³⁾ Lenin, Werke, Band XXVIII, Berlin 1969, S. 444

³⁴⁾ Lenin, a. a. O., S. 185

³⁵⁾ Lenin, a. a. O., S. 111

³⁶⁾ Lenin, Werke, Band XXXI, S. 295

³⁷⁾ Lenin, a. a. O., S. 211

Senat seines Landes dahin belehrt: „Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht eine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf eigene Gefahr mißachten werden.“

Und schließlich hatte Wilson in seiner Senatsrede am 22. Januar 1917, seiner letzten öffentlichen Äußerung vor dem Eintritt der USA in den Krieg, den Völkern empfohlen, sich die Monroe-Doktrin als Doktrin der Welt zu eigen zu machen und festzulegen, daß fortan kein Volk danach streben sollte, seine Macht auf irgendein anderes Volk auszudehnen, ja „jedem Volk sollte es freistehen, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und ohne Furcht selbst zu bestimmen“.³⁸⁾

Die Krönung der Wilsonschen Politik, von der Lenin sagte, daß ihre „Wurzeln lediglich pfäffische Borniertheit, kleinbürgerliche Phrasendrescherei und völliges Nichtverstehen des Klassenkampfes waren“,³⁹⁾ bildeten die berühmten 14 Punkte vom 8. Januar 1918, die einige naive Deutsche derart aus dem Gleichgewicht gebracht hatten, daß sie im November 1918 die heimkehrenden Soldaten mit dem Slogan begrüßten:

„Seid willkommen, wackre Streiter,
Gott und Wilson helfen weiter.“

Es ist ein nationales Verdienst der deutschen Kommunisten, daß sie nüchtern die Hintergründe der Politik Wilsons aufgezeigt und die Völker daran erinnert haben, daß statt der Kapitulation vor Phrasen der revolutionäre Kampf gegen die Kriegspartei im eigenen Lande notwendig ist, wie es in Rußland Lenin und in Deutschland Karl Liebknecht bereits zu Beginn des ersten Weltkriegs ausgesprochen hatten. Ein berechtigtes Dokument dieser Aufklärungsarbeit ist enthalten in dem Spartakusbrief Nr. 4 vom April 1917, in dem es heißt:

„Die sozialistische Friedenspolitik ist heute in den folgenden einfachen Worten enthalten: Ihr Arbeiter! Entweder machen die bürgerlichen Regierungen den Frieden, wie sie den Krieg machten, dann bleibt bei jedem Ausgang des Krieges der Imperialismus die herrschende Macht, und dann geht es unvermeidlich immer weiter, neuen Rüstungen, Kriegen und dem Ruin, der Reaktion, der Barbarei entgegen. Oder ihr rafft euch zu revolutionären Massenerhebungen auf, zum Kampf um die politische Macht, um euren Frieden nach außen und innen zu diktieren. Entweder Imperialismus und rascherer oder langsamerer Untergang der Gesellschaft, oder Kampf um den Sozialismus als einzige Rettung. Etwas Drittes, etwas Mittleres gibt es nicht.“⁴⁰⁾

Einen neuen Auftrieb erhielt die Bewegung der nationalen Selbstbestimmung durch die Siege der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg, das erhöhte politische Bewußtsein der aus dem

³⁸⁾ Tansill, Amerika geht in den Krieg, S. 511

³⁹⁾ Lenin, Werke, Band XXXI, Berlin 1959, S. 211

⁴⁰⁾ Spartakus-Briefe, S. 310

Krieg heimkehrenden Soldaten aus den kolonialen Ländern und die Entstehung des sozialistischen Weltsystems.

Aufgebaut vom 16. Jahrhundert an, kulminierend zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ins Wanken gebracht bereits durch die russischen Revolutionen von 1905 und 1917, die die Volksmassen auferüttelt hatten, geriet das koloniale System nunmehr in einen rapiden Verfall.

Zunächst gewann in Europa in dieser Phase Irland nach Jahrhunderten der Drangsalierung und Ausbeutung durch die britischen Feudalherren und ihre Nachfolger seine staatliche Unabhängigkeit zurück. Irland, „Englands älteste Kolonie“, ausgeplündert seit dem 12. Jahrhundert, war geradezu zu einer hohen Schule der britischen Kolonialpolitik geworden, in der die herrschenden Schichten Englands ihre später in Übersee im breitesten Rahmen angewandten Methoden der Ausbeutung, Unterdrückung und Ausrottung von Millionen Menschen zugunsten des Profits ausprobierten.

„Irland wurde zum Objekt kolonialer Ausbeutung sowohl für den verfallenden englischen Feudaladel als auch für den ‚neuen Adel‘ und die Bourgeoisieklassen, die im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation aufgekommen waren, der die Festigung der bürgerlichen Ordnung in England vorbereitete.“⁴¹⁾

In dem Kampf für die Selbstbestimmung des irischen Volkes traten mit den nationalen Forderungen wiederum die sozialen in den Vordergrund. Auch hier ging es dem Volk nicht nur um den Nationalstaat schlechthin, sondern auch um eine neue, gerechte Sozialordnung. Wie aufgeschlossen die irische Bevölkerung dem neuen Werden gegenüberstand, spiegelt sich darin wider, daß unter den Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auch hier spontan Räte entstanden sind, getragen von den Hoffnungen des Volkes. Nach einem letzten Partisanenkrieg kam dann 1921 ein Kompromiß zwischen der irischen Bourgeoisie und der imperialistischen britischen Regierung zustande, durch den Irland seine staatliche Unabhängigkeit erhielt, in deren Wahrnehmung der irische Freistaat Eire 1949 seinen Austritt aus dem Commonwealth erklärte.

Aber auch Irland konnte sich innerhalb der bürgerlichen Welt seiner Eigenstaatlichkeit nicht ungetrübt erfreuen, umfaßte doch der junge Freistaat nur den katholischen Süden, während der protestantische Norden, Ulster, weiterhin dem Vereinigten Königreich als halbkoloniales Anhängsel eingefügt blieb. Außerdem hat England es verstanden, Irland wirtschaftlich weiter von sich in Abhängigkeit zu erhalten.

In Asien erfaßte die nationale Unabhängigkeitsbewegung nach 1945 in einem atemberaubenden Tempo nahezu den gesamten Kontinent. Eine Macht nach der anderen mußte ihre kolonialen Positionen räumen und sich mit der Unabhängigkeit der bisher Unterdrückten Völker abfinden.

⁴¹⁾ Große Sowjet-Enzyklopädie, Geschichte Irlands, S. 5

Als eines der ersten Gebiete Asiens erlangte Vietnam unter der Führung der 1941 gegründeten Viet-Minh-Unabhängigkeitsbewegung 1945 seine staatliche Freiheit, die zwar von der französischen Kolonialmacht verhältnismäßig schnell anerkannt wurde, aber die französischen Imperialisten nicht hinderte, das Land auf Jahre hinaus in den „schmutzigen Krieg“ zu verwickeln, der 1954 mit der schmachvollen Kapitulation Frankreichs endete.

Was in Indien den vielen Aufständen im 19. Jahrhundert, die alle von England blutig und grausam unterdrückt worden sind, nicht gelungen ist und ebenso nicht der von Gandhi entfachten Bewegung des passiven Widerstandes, der Swaradisch, die nationale Unabhängigkeit, erreichte Indien, wenn auch mit neuen Blutopfern, nach dem zweiten Weltkrieg. Die Größe dieses Erfolgs ist danach zu bemessen, daß Churchill noch während des Krieges eine Neugestaltung nach dieser Richtung hin strikt abgelehnt hat.

„Churchill, der einst Indien als den Edelstein in der britischen Krone gepriesen hatte, widersetzte sich, wenn auch ohne Erfolg, hartnäckig dieser Entwicklung. Obwohl er zusammen mit Roosevelt den Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker 1941 in der Atlantik-Charta anerkannt hatte, weigerte er sich im Gegensatz zu Roosevelt, diesen Grundsatz auf Indien anzuwenden. Bereits am 9. September 1941 stellte sich Churchill in einer Unterhausrede auf den Standpunkt, daß sich die Atlantik-Charta nicht auf Indien, Burma und das britische Weltreich beziehe. Demgegenüber unterstrich Roosevelt am 27. Oktober 1942 den universellen Charakter der Charta, die „für die ganze Menschheit gilt.“⁴²⁾

Allerdings mußte Indien die nationale Selbständigkeit mit der Teilung des Landes bezahlen. Am 15. August 1947 wurden auf dem indischen Territorium zwei Staaten gebildet, Indien und Pakistan, die zunächst den Status eines Dominions erhielten, den sie jedoch einige Jahre später abzulegen vermochten. Am 26. Januar 1950 erklärte Indien seine volle Souveränität als unabhängige Republik, am 23. März 1956 folgte Pakistan als Islamische Republik Pakistan. Das Besondere dieser Staatenbildung bestand darin, daß dabei religiöse Faktoren geltend gemacht wurden, die im Unterschied zum Prinzip der nationalen Selbstbestimmung weit in die Vergangenheit zurückgehen.

Um religiöse Selbstbestimmung ist früher einmal auch in Europa hart gekämpft worden. Achtmal sind in den Hugenottenkriegen des 16. Jahrhunderts französische Calvinisten für den Schutz ihres religiösen Bekenntnisses regelrecht ins Feld gezogen. Groß ist die Zahl derer, die in diesen Auseinandersetzungen das Leben oder die Heimat verloren haben. Das letzte Kapitel dieser traurigen Geschehnisse wurde 1730/31 in Salzburg geschrieben, wo Erzbischof

⁴²⁾ Dr. Reintanz, Der Staatsaufbau der Indischen Union, S. 16

Leopold Anton Graf von Firmian 30 000 Bürger aus dem Lande trieb, weil sie sich weigerten, zur katholischen Kirche zurückzukehren.

Dadurch, daß die britischen Imperialisten im 20. Jahrhundert noch einmal religiöse Unterschiede für die Staatenbildung und die Grenzziehung in Indien benutzten, mißbrauchten sie ein weiteres Mal die Religion für politische Ziele. Freilich gehörte die Verschärfung der religiösen Gegensätze ohnehin von altersher zu den Praktiken der britischen Kolonialpolitik. Gerade in Indien haben die britischen Imperialisten wiederholt politische und religiöse Gruppen gegeneinander ausgespielt und in der Absicht, die einheitliche Front gegen den Kolonialimperialismus zu schwächen, Pogrome zwischen Hindus und Moslems provoziert.

Im Zuge der Teilung erhielten die Hindus den größten Teil des Landes, vor allem die Industrie, die Moslems in Pakistan ein vorwiegend landwirtschaftliches Gebiet. Die Teilung zerstörte alte ökonomische Verbindungen und zerschnitt wahllos die Eisenbahnen und die für diese Gebiete so außerordentlich wichtigen Bewässerungssysteme. Verbunden mit der Teilung war ein Flüchtlingsstrom nach beiden Richtungen hin, in den 10 bis 11 Millionen einbezogen wurden.

1948 erhielt ein Nachbarstaat Indiens, Burma, seit 1886 unter britischer Herrschaft, die nationale Unabhängigkeit, beinträchtigt wiederum durch die Fortdauer der wirtschaftlichen Abhängigkeit.

Im gleichen Jahr, am 8. September 1948, konstituierte sich nördlich des 38. Breitengrades die Koreanische Volksdemokratische Republik, die bereits zwei Jahre später einen schweren Verteidigungskrieg gegen amerikanische Aggressoren und ihre Handlanger in Südkorea führen mußte.

Ein besonderes Datum in der Geschichte der Befreiung Asiens ist der 1. Oktober 1949, an dem in Peking die Volksrepublik China proklamiert wurde. Damit hatte das volkreichste Land Asiens dem Kolonialismus die Tür verschlossen. Aber gerade von der Herrschaft über China hatten sich die Imperialisten die größten Vorteile versprochen. Angesichts der Perspektiven, die ihrer Meinung nach die Aufteilung Chinas eröffnete, war der britische Publizist John A. Hobson (1858/1940) in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts geradezu ins Schwärmen geraten, wie sich aus folgender von Lenin zitierter ökonomischer Einschätzung der Aufteilung Chinas ergibt:

„Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die einige Gegenden in Südengland, an der Riviera sowie in den von Touristen am meisten besuchten und von den reichen Leuten bewohnten Teilen Italiens und der Schweiz bereits haben: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer etwas größeren Gruppe von Angestellten

und Händlern und einer noch größeren Anzahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren; die wichtigsten Industrien werden verschwinden, die Lebensmittel und Industriefabrikate für den Massenkonsum würden als Tribut aus Asien und Afrika kommen.“⁴³⁾

Nachdem auch Indonesien in wechselvollen Kämpfen gegen japanische, britische und holländische Kolonialtruppen seine nationale Unabhängigkeit erreicht hat, ferner Ceylon und Malaya, ist heute der größte Teil Asiens der kolonialen Fesseln ledig. Das Schwergewicht des Kampfes verlagert sich nunmehr von der nationalen zur sozialen Selbstbestimmung.

Mitten im Freiheitskampf befindet sich heute noch der schwarze Erdteil, Afrika. Nachdem Ägypten seine nationale Freiheit bereits 1951 zurückerlangt hatte, folgten weitere afrikanische Völker. So entstanden 1952 das Königreich Libyen, 1956 die Republik Sudan, 1957 der Staat Ghana, 1958 die Republik Guinea. 1956 hatten ferner Marokko das Joch der Protektoratsverträge mit Frankreich abgeworfen und ebenso Tunis.

Als ein gesegnetes Jahr für Afrika erwies sich 1960, in dem Kamerun, Togo, Somaliland, Nigeria, Zentral-Kongo, Senegal und Mali sowie die Staaten des ehemaligen Französisch-Äquatorialafrikas, ferner die Elfenbeinküste, Dahomey, die Zentralafrikanische Republik und Mauretanien sich als unabhängige Staaten proklamierten. Damit hatten in einem einzigen Jahr mehr afrikanische Staaten die Unabhängigkeit erlangt als in den ersten 15 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg insgesamt.

„Doch lassen sich die glorreichen Erfolge der Freiheitsbewegung in Nord- wie in Schwarz-Afrika nicht allein aus innerafrikanischen Ursachen erklären. Dies mindert den Ruhm der afrikanischen Patrioten nicht im geringsten. Aber ihre Siege über die waffenstarrten Bwanas (Bwana ist eine afrikanische Bezeichnung für die weißen Kolonialherren), über die Milliardenmonopole und ihre Büttel wurden überhaupt erst möglich durch den Sieg der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus im zweiten Weltkrieg, durch den gewaltigen Aufschwung und Machtzuwachs des Westfriedenslagers und den dadurch bedingten Machtverfall des Imperialismus, durch die konsequente antiimperialistische Politik der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten. Ohne die tiefgreifende Veränderung der Klassenkräfte im internationalen Maßstab, ohne die sich daraus ergebende Zügelung des Imperialismus auch im kolonialen Bereich sind die Erfolge der afrikanischen Befreiungsbewegung weder in ihrer heutigen Form noch in ihrem heutigen Umfang denkbar. Geradezu beispielhaft trat dies 1956 hervor, als die unbeugsame Frie-

denpolitik der Sowjetunion Ägypten vor der gewaltsamen kolonialen Restauration durch England und Frankreich rettete. Wo immer in Afrika heute die Patrioten zu neuen Siegen schreiten, im großen Zusammenhang finden alle ihre Erfolge ihrer unabdingbaren Voraussetzung in der Existenz der Macht und die Politik des Weltfriedenslagers.“⁴⁴⁾

Aber noch geht der Kampf, in dem bisher allein in Afrika 22 Länder mit 760 Millionen Einwohnern ihre nationale Unabhängigkeit erreicht haben, weiter. Und auch hier macht sich neben der Forderung nach der nationalen Selbstbestimmung die der sozialen geltend, wobei es auch darum geht, zu verhindern, daß die Kolonialmächte unter Preisgabe ihrer politischen Vorrechte ihre wirtschaftlichen Privilegien aufrecht erhalten und damit die Grundlage ihrer maximalen Profite.

Die Frucht dieser Siege kommt jedoch nicht nur den Völkern Afrikas und Asiens zugute, sondern auch den Werktätigen der europäischen Nationen. Der koloniale Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutete, hatte auch die Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats in den Metropolen geschaffen und nährte, formte und festigte damit den Opportunismus.⁴⁵⁾ Der Zusammenbruch dieses Systems, auf den Chruschtschow auf seiner großen Abrüstungsrede vor den Vereinten Nationen mit den Worten hingewiesen hat:

„Die letzten Bastionen des überlebten Kolonialsystems stürzen zusammen, und sie stürzen gründlich zusammen. Das ist einer der bedeutendsten Faktoren unserer Zeit. Schauen Sie auf die Karte Asiens und Afrikas, und vor Ihren Augen wird das Bild Hunderter Millionen Menschen erstehen, die die Ketten der jahrtausendelangen fremdländischen Unterdrückung und Ausbeutung abwerfen“,

führt damit auch vorwärts in die Freiheit der europäischen Völker und eröffnet ihnen Möglichkeiten der verstärkten Wahrnehmung der nationalen Selbstbestimmung, der Gestaltung des Lebens nach eigenem Willen, verbunden mit der Förderung der Einheit der Werktätigen.

⁴³⁾ Fritz Ferdinand Müller: Bwana, Deine Zeit ist um, S. 11

⁴⁴⁾ vgl. Lenin, Werke, Band XXII, Berlin 1960, S. 286

⁴⁵⁾ Lenin, Werke, Band XXII, Berlin 1960, S. 284

Die Selbstbestimmung in der Deutschen Demokratischen Republik

Die Definition der nationalen Selbstbestimmung durch Lenin, deren Richtigkeit, wie vorstehend dargelegt, durch zahlreiche geschichtliche Beispiele bestätigt wird, und die historische Situation in Europa, die —, worauf Lenin bereits in seiner zu Beginn des ersten Weltkriegs geschriebenen Abhandlung „Über eine Karikatur des Marxismus und über den imperialistischen Ökonomismus“ hingewiesen hat —⁴⁶⁾ dadurch gekennzeichnet ist, daß hier die nationale Bewegung seit langem zum Abschluß gelangte, dafür aber mit dem Übergang „vom überlebten kapitalistischen Vaterland zum Sozialismus“ die sozialen Elemente der Selbstbestimmung in voller Entfaltung sind, gibt heute ihnen den Vorrang.

Im Einklang damit hat der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, als er die Thesen zur nationalen und kolonialen Frage bestätigte, die nationale Frage gleichfalls der sozialen untergeordnet, indem er die nationale Frage als Teilfrage des sozialen Kampfes bewertete. „Konkret richtet sich das Wechselverhältnis zwischen dem nationalen und dem sozialen Faktor sowie den anderen Faktoren im Kampf der Völker für Selbstbestimmung, richtet sich das Primat des einen Faktors vor den anderen Faktoren nach der realen historischen Situation.“⁴⁷⁾ Wer auch weiterhin versuchen wollte, „die Losung der Selbstbestimmung dem Kampf innerhalb einer Nation für den sozialen Fortschritt entgegenzustellen“, würde damit, wie es die Regierung der Sowjetunion in ihrer vom 3. August 1961 datierten Note an die Vereinigten Staaten hervorgehoben hat, „die Begriffe in betrügerischer Absicht vermengen“.

Aus der von uns versuchten Definition und knappen Zusammenfassung der historischen Entwicklung ergibt sich aber auch, daß es die sozialistischen Länder sind, die in der Sache der nationalen Selbstbestimmung federführend auftreten. Ihre Existenz und die durch sie herbeigeführten Änderungen im internationalen Kräfteverhältnis machten es überhaupt erst den Völkern möglich, mit besserem Erfolg als in der Vergangenheit die nationale Selbstbestimmung zur Geltung zu bringen. Als Mitglied der sozialistischen Völkerfamilie steht die Deutsche Demokratische Republik in der Frage der nationalen Selbstbestimmung in den Reihen derer, die vorangehen, die das Beispiel geben, legitimiert durch Wort und Tat!

⁴⁶⁾ Lenin, Werke, Band XXIII, Berlin 1957, S. 29 f.

⁴⁷⁾ Deutsche Außenpolitik 1963/5, S. 342 (Die Deutschen und die Selbstbestimmung)

In seinen Randglossen zu dem Artikel „Der König von Preußen und die Sozialreform“⁴⁸⁾ sprach Karl Marx dem deutschen Volk geradezu einen „klassischen Beruf zur sozialen Revolution“ zu. Und in der Tat geht gerade in der deutschen Geschichte der Kampf um die soziale Selbstbestimmung weit zurück bis in die Tage des großen Bauernkriegs, von dem sein Geschichtsschreiber, der Stadtpfarrer von Owen, Wilhelm Zimmermann, in der Einleitung zu seinem Buch gesagt hat:

„Diese Bewegung hat man sinnig das prophetische Vorbereitungswerk der neueren Weltgeschichte genannt (Treitschke). ... Alle Erscheinungen der späteren sozialen Bewegungen, in Europa liegen in der Bewegung von 1525 eingeschlossen: Sie ist nicht nur der Anfang der europäischen Revolution, sondern ihr Inbegriff im kleinen. Alle die Erscheinungen, durch welche Staaten im Laufe der folgenden Jahrhunderte verändert wurden, sowie diejenigen, welche in unseren Tagen eine gesellschaftliche Umgestaltung vorbereiten, finden ihre Vorbilder in der Bewegung von 1525, sowohl was Individuen als was Ideen betrifft. Mit Recht nannte Treitschke den Geist Thomas Müntzers einen Spiegel, der die Erscheinungen künftiger Zeiten in sich prophetisch dargestellt... Die Anlage des Volkes dazu war so alt wie die Unterdrückung desselben. Auch an den Ketten schärft sich die Liebe zur Freiheit.“⁴⁹⁾

Dieser Tradition würdig hat die Deutsche Demokratische Republik, in dem sie neben den nationalen den sozialen Elementen des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Völker gerecht wurde, einen entscheidenden Beitrag für die Zukunft der gesamten Nation geleistet.

Eine Nation, die heute ihr Geschick in die eigene Hand nehmen will, muß notwendigerweise als erstes eine klare Haltung in der Frage „Frieden oder Krieg“ einnehmen. Nachdem der Krieg im Zeitalter der Atombombe untauglich geworden ist für die Lösung strittiger Fragen und alle, Kriegführende und Nichtkombattanten, mit der Vernichtung bedroht, ist die Absage an den Krieg die Grundvoraussetzung der nationalen Sicherheit. Und eine solche klare und bestimmte Entscheidung für den Frieden hat die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Errichtung des Arbeiter- und Bauern-Staates und dem Aufbau des Sozialismus getroffen.

„Im Gegensatz zum Bonner Regime, dem die lautstarke Proklamation des Selbstbestimmungsrechts als dürrtiges Feigenblatt für die völlige Entrechtung des Volkes im Innern und die Vorbereitung eines neuen Kriegsverbrechens nach außen dient, sind alle Machtäußerungen unseres Staates, seine gesamte Innen- und Außenpolitik unmittelbare Schritte zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts des deut-

⁴⁸⁾ Marx / Engels, Werke, Band I, S. 405

⁴⁹⁾ Zimmermann, Der Große Deutsche Bauernkrieg, 1952, S. 8

schen Volkes. Die marxistisch-leninistischen Auffassungen vom Selbstbestimmungsrecht richtig zu propagieren erfordert daher sowohl die konsequente tägliche Entlarvung und Zerreißung des von der imperialistischen Propaganda erzeugten Dunstschleiers über das Selbstbestimmungsrecht durch die Aufdeckung der sich dahinter verborgenden Revanche- und Kriegspolitik als auch die überzeugende Darlegung der grundlegenden Züge unserer Staatspolitik und der Entwicklung unserer sozialistischen Staatsmacht als Verkörperung und Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Nation.⁵⁰⁾

Als 1945 der Faschismus an der Kraft der Antihitlerkoalition gescheitert war, stand unser Volk vor der großen Aufgabe, „alles bis zum Letzten auszunutzen, was diese ungeheuren Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“.⁵¹⁾ Die Machtposition der Monopolbourgeoisie, die es ihr ermöglichte hatte, die Nation in den Faschismus und in zwei Weltkriege zu führen, mußte zerstört werden.

„Es stand die geschichtliche Aufgabe, die Schlußfolgerungen aus der faschistischen Herrschaft und dem zweiten Weltkrieg zu ziehen und eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Freundschaft mit den sozialistischen Ländern, vor allem mit der Sowjetunion zu entwickeln. Diese Aufgabe wurde zum Glück des deutschen Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik gelöst. Westdeutschland aber beschritt den alten unheilvollen Weg. Die in Bonn herrschenden Kräfte bestehen offensichtlich darauf, ihn bis zum bitteren Ende zu gehen. Und sie werden diesen Weg gehen, wenn ihnen die westdeutsche Bevölkerung nicht in den Arm fällt.“⁵²⁾

Die Lösung dieser Aufgabe oblag dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit. Daß das auch in Westdeutschland erkannt worden ist, anerkennt der Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit der Feststellung:

„Auch in den Westzonen Deutschlands hatte sich 1945 unter großen Teilen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten die Bereitschaft entwickelt, Faschismus und Militarismus zu entmachten, die Kriegsschuldigen zu bestrafen und den Weg einer friedlichen demokratischen Entwicklung zu beschreiten. Auch hier griff in der Arbeiterklasse der Wille zur Einheit rasch um sich. In zahlreichen Orten Westdeutschlands, darunter solchen bedeutenden Städten wie Hamburg, München, Bremen, Hannover, Braunschweig, Frankfurt/Main, Nürnberg, Karlsruhe u. a., im Ruhrgebiet wie in Südbaden kam es zu Vereinbarungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und zu gemeinsamen Aktionen für den demokratischen Neuaufbau.“⁵³⁾

⁵⁰⁾ Schüller-Triemann, Nationale Selbstbestimmung und Wahlen, S. 10

⁵¹⁾ Gründungsaufwurf der CDU

⁵²⁾ Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands, S. 15

⁵³⁾ Einheit, Sonderheft August 1952, S. 149

Unter den Auswirkungen des kalten Krieges, der Abwendung der Westmächte von dem Bündnis mit der Sowjetunion und der Errichtung einer neuen Aggressionsfront gegen die Sowjetunion verlief die Entwicklung in beiden deutschen Staaten schroff gegensätzlich. So entstand in Westdeutschland die Bundesrepublik mit der alten sozialen Struktur und der alten Zielsetzung deutscher Aggressionspolitik, nunmehr verbündet mit den Vereinigten Staaten.

Aus dem Widerstand gegen diese verhängnisvolle Entwicklung erwuchs am 7. Oktober 1949 im Osten Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik, „geführt von denjenigen Kräften des deutschen Volkes, die während der ganzen geschichtlichen Periode seit Gründung des Deutschen Reiches, also seit 1871, bewiesen haben, daß sie Frieden, Freiheit und Demokratie, Menschlichkeit und Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle, d. h. die Interessen des ganzen deutschen Volkes konsequent wollen. Es sind diejenigen Kräfte, die unter ungeheuren Opfern ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volk erfüllen, die den Kampf gegen die verhängnisvolle Politik der Großbourgeoisie in den verschiedenen Zeiträumen führten, die niemals kapitulierten, die niemals das Volk verrieten und sich damit das geschichtliche Recht auf Führung des deutschen Volkes erworben haben.“⁵⁴⁾

Wesen, Aufgabe und geschichtliche Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik sind vor allem auch in der Entschließung des 10. Parteitages der Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION klar herausgearbeitet. Dort heißt es:

„In der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Lehren aus den Ergebnissen der beiden Weltkriege gezogen, wurden die Grundsätze und Ziele der Antihitlerkoalition entsprechend den bindenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens verwirklicht, wurden die Grundlagen für eine friedliche und demokratische Entwicklung unseres Volkes geschaffen, wurden freundschaftliche, vertrauensvolle Beziehungen zu allen Völkern und namentlich zu den Ländern des sozialistischen Lagers unter Führung der Sowjetunion hergestellt. So ist die Deutsche Demokratische Republik der einzig rechtmäßige deutsche Staat. In ihrer gesellschaftlichen Struktur und in ihrer gesamten Politik vertritt sie die wahren Interessen des ganzen deutschen Volkes. Geboren aus dem Widerstandswillen unseres Volkes gegen die vom westdeutschen Imperialismus und seinen westlichen Bündnispartnern betriebene Spaltung unseres Vaterlandes, als Akt der nationalen Selbstbestimmung zur Abwehr des nationalen Notstandes, ist unsere Republik Hoffnung und Hort der deut-

⁵⁴⁾ Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands, S. 69

schen Nation. Ihre Friedensordnung und ihre Friedenspolitik sind beispielgebend für die zukünftige demokratische Entwicklung ganz Deutschlands. So ist unsere Republik die unbezwingliche staatliche Bastion der nationalen Bewegung im Kampf um die demokratische Wiedergeburt Deutschlands.“

Während so die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, vorbereitet durch die Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden, durch und für das deutsche Volk geschah, im harmonischen Einklang der nationalen und der sozialen Elemente der Selbstbestimmung, ist in Westdeutschland das Recht der Bevölkerung auf Selbstbestimmung durch die Monopolbourgeoisie usurpiert worden zugunsten eines Staatswesens, dessen erster Kanzler ausweislich seiner Äußerung gegenüber dem damaligen französischen Hohen Kommissar, François-Poncet, „Die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht“.

Nachdem durch die Spaltungspolitik des Westens und den verschärften Klassenkampf der westdeutschen Monopolbourgeoisie zwei deutsche Staaten entstanden sind, ist der Weg in die Wiedervereinigung nur über Verhandlungen zwischen diesen beiden Staaten offen. Diese Tatsache wird sehr nachdrücklich auch in dem Artikel im Maiheft der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik“ „Die Deutschen und die Selbstbestimmung“ unterstrichen, in dem im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung ausgeführt wird:

„Der einzig mögliche Weg, der dahin führt, ist die allseitige Entwicklung von Kontakten zwischen beiden deutschen Staaten, die Erweiterung der Handelsbeziehungen, der kulturellen, sportlichen und anderen Verbindungen, die Schaffung technischer Komitees und verschiedener zwischenstaatlicher Organe, sowie die Bildung einer deutschen Konföderation, der auch die Freie Stadt Westberlin beitreten könnte. Die Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland in einem einheitlichen Staat kann nur durch Verhandlungen über die Zusammenarbeit der Regierungen dieser Staaten erreicht werden“, betonte N. S. Chruschtschow in einer Rede auf einer Kundgebung der sowjetisch-vietnamesischen Freundschaft am 28. Juni 1961. „Andere Länder dürfen sich in diese inneren Angelegenheiten der Deutschen nicht einmischen.“ Jede andere Lösung würde eine Verletzung des Prinzips der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten bedeuten und widerspräche den Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Mit einem Wort: Es ist der Weg der Verhandlungen und die Herstellung zunächst einmal eines Minimums korrekter Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik.“⁴⁵⁾

Es ist daher töricht, wenn die Bundesregierung gelegentlich darüber jammert, daß heute jedes afrikanische Volk unter Bezugnahme auf die nationale Selbstbestimmung seine natio-

⁴⁵⁾ a. a. O., S. 347

nale Einheit herstelle, während Deutschland gespalten bleibe, weil es in der Frage der nationalen Selbstbestimmung Unterschiede und Vorrechte nicht geben kann.

Als Lenin sich am 19. März 1919 auf dem VII. Parteitag der KPR (B) mit Bucharin auseinandersetzte, der die Ansicht vertrat, das Recht auf Selbstbestimmung könne man bestenfalls für einige Länder anerkennen, erwiderte ihm Lenin:

„Alle Nationen haben das Recht auf Selbstbestimmung – es lohnt nicht, von Hottentotten und Buschmännern speziell zu reden.“⁴⁶⁾

Woher nimmt daher die Bundesregierung das Recht, der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die in sehr überzeugender Weise von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch gemacht hat, die Respektierung dieser Entscheidung verweigern? So verlangen wir von der Bundesregierung, aber auch von der Regierung der Vereinigten Staaten, wie es Walter Ulbricht auf dem großen Jugendforum in Berlin am 23. September in Beantwortung der neuerlichen Bezugnahme Kennedys auf die deutsche Selbstbestimmung bei der Eröffnung der Herbsttagung der UNO gefordert hat „die Achtung der Selbstbestimmung des deutschen Volkes der DDR, das sich längst für den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus frei und ohne Einmischung von außen entschieden hat. Was heißt denn Selbstbestimmung in Deutschland zu gewährleisten? Das heißt, daß die Reste des Krieges beseitigt werden! ... Wir sind der Meinung: Verhandlungen über die Verminderung und den Abzug der Truppen wären ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Selbstbestimmung!“

Ein erstes Beispiel einer entscheidenden nationalen Selbstbestimmung gab unsere Bevölkerung mit dem Aufbau eines demokratischen deutschen Staates, mit der Errichtung der Republik der Arbeiter und Bauern. Die Notwendigkeit dieser Entscheidung als Voraussetzung jeder nationalen Selbstbestimmung ist auch in der Entschließung des 10. Parteitags unserer Christlich-Demokratischen Union unter Hinweis darauf, daß die Monopolbourgeoisie unser Volk und die Welt innerhalb einer Generation in zwei furchtbare Kriegskatastrophen gestürzt hat, anerkannt worden:

„Wenn die Existenz unserer Nation gerettet und gesichert werden sollte, gab es also nur die Möglichkeit, einen neuen, demokratischen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung für ganz Deutschland zu finden. Einen würdigen Platz im Kreise der Völker konnte Deutschland nur als friedliebender, demokratischer Staat gewinnen. Zu Frieden, Wohlstand und Glück konnte unsere Nation nur gelangen, wenn in ganz

⁴⁶⁾ Lenin, Werke, Band XXIX, Berlin 1959, S. 158

Deutschland eine Neuordnung der gesellschaftlichen Kräfte herbeigeführt wurde. Nur durch die völlige Beseitigung des Imperialismus und Militarismus, nur unter Verzicht auf alle Revanchepläne konnte unser Volk zu einem einigen, demokratischen Vaterland gelangen. Diese Erkenntnis brach sich damals in weitesten Kreisen unseres Volkes Bahn. Sie gilt auch heute noch, weil nur auf diese Weise die nationale Frage unseres Volkes gelöst und der Frieden im Herzen Europas gesichert werden kann.

Die demokratischen Kräfte in unserem Raume, auch die vor 15 Jahren gegründete Christlich-Demokratische Union, haben ihr politisches Handeln stets von diesen Grunderfordernissen bestimmen lassen. Sie haben die im Jahre 1945 für ganz Deutschland gegebene Chance zu einer politischen Wende genutzt. Sie haben im Bereich unserer heutigen Deutschen Demokratischen Republik die Wurzeln des Imperialismus und Militarismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet... Durch die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung unserer ökonomischen Verhältnisse und unseres politischen Lebens wurde den Kräften der Reaktion die Basis entzogen, wurde in unserem Teile Deutschlands ihrer Herrschaft über das Volk ein Ende gemacht. Damit gaben die demokratischen Kräfte im Osten unseres Landes von Anfang an das Beispiel für die Überwindung der Vergangenheit und für die Hinwendung zu den neuen Aufgaben, die der Aufbau einer grundlegend neuen Ordnung, einer wahrhaften Friedensordnung, stellt. So beherzigten die verantwortungsbewußten Volkskräfte bei uns die Lehren aus der Geschichte.⁴⁵⁾

Die Sprache dieses Dokuments ist die eines Volkes, das sich nicht nur zum Recht auf nationale Selbstbestimmung bekennt, sondern auch fähig ist, dieses Recht wahrzunehmen, und so in der Lage war, die Existenz unserer Nation auf neuer Grundlage, im deutschen Friedensstaat, zu retten und eine glückhafte politische Wendung herbeizuführen.

Mit der Schaffung eines neuen Deutschland, eines friedliebenden, demokratischen Staates, in den düsteren Jahren der deutschen Geschichte vorbereitet durch den Kampf der Widerstandsgruppen gegen Hitler und durch das Nationalkomitee Freies Deutschland, die „deutsche Antihitlerkoalition“, ist in Deutschland ein großes Werk konstruktiver, schöpferischer Politik vollbracht worden.

„Mit der Gründung der DDR verwirklichten die von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei geführten Volksmassen in einem Teil Deutschlands die geschichtliche Hauptaufgabe des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert. Zum ersten Mal war in der deutschen Geschichte ein wahrhaft friedliebender und demokratischer Staat entstanden, in dem Faschismus, Militarismus und Imperialismus und damit die Wurzeln des Krieges sowie die barbarische Ideologie des

⁴⁵⁾ EntschlieÙung des 10. Parteitages der CDU

Rassenhasses, des Revanchismus und Chauvinismus für immer beseitigt sind.

Die Bildung der DDR war ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas. Sie war der größte Sieg des Friedens in Europa und die schwerste Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus nach 1945, dem damit für immer der Weg nach dem Osten verlegt wurde. Mit der DDR entstand die Grundlage und das Vorbild für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer und fortschrittlicher Staat, der den Weg zum Sozialismus beschreitet.

Die Gründung der DDR war der Ausdruck und das Ergebnis des erbitterten Kampfes zwischen den beiden Linien in der internationalen und in der deutschen Politik: der Linie der Reaktion, des Imperialismus und des Krieges und der Linie des Fortschritts, der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus. Während früher in der deutschen Geschichte immer wieder die volksfeindliche, antinationale Linie sich durchsetzen konnte, triumphierten mit der Gründung der DDR erstmals die wahren Interessen der Nation. Im ersten deutschen Friedensstaat fanden alle guten Traditionen unseres Volkes, die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und die humanistischen Ideen des Bürgertums ihre Verwirklichung. Das war das Ergebnis der Führung aller nationalen Kräfte durch die einheitliche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei. Zum Hauptwiderspruch in Deutschland wurde der Gegensatz zwischen den Monopolisten, Militaristen und Junkern mit ihrem imperialistischen Machtapparat und den Volksmassen in der Deutschen Demokratischen Republik sowie allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland, die in der Arbeiter- und Bauernmacht der DDR eine feste staatliche Basis haben.⁴⁶⁾

Und weil so in der DDR die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und die humanistischen Ideen des Bürgertums in einer großartigen Synthese ihre Verwirklichung gefunden haben, weil in unserem Raum der größte Sieg des Friedens in Europa errungen worden ist, wie denn auch „der Außenpolitik der sozialistischen Staaten die Prinzipien des Friedens, der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker sowie des Respektierens der Unabhängigkeit und Souveränität aller Länder zugrunde liegen“⁴⁷⁾, hat auch die Christlich-Demokratische Union mit ganzer Kraft an diesem Akt nationaler Selbstbestimmung mitgewirkt. Endlich war der Widerspruch zwischen dem Friedensgebot des Evangeliums und den schlimmen Konsequenzen einer Gesellschaftsordnung, die auf dem Prinzip des Konkurrenzkampfes und des Krieges als ultima ratio basierte, dieser Widerspruch, der so oft christ-

⁴⁶⁾ Grunriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Einheit, Sonderheft August 1962, S. 160

⁴⁷⁾ Programm der KPdSU, in: Presse der Sowjetunion 1961, S. 3241

lichen Menschen das Gewissen bedrückt hatte, beseitigt. Der Freude über diese Wendung gab Professor D. Emil Fuchs in dem Gespräch einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern mit dem Vorsitzenden des Staatsrats, Walter Ulbricht, am 9. Februar 1961 mit den Worten Ausdruck:

„Unser Staat hilft als Teil des sozialistischen Lagers mit, daß die Friedensträume unserer großen Dichter und Denker und all der Millionen einfacher Menschen, die sich der Werke, die sie mit ihren Händen geschaffen haben, auch erfreuen wollen, in der Mitte des 20. Jahrhunderts endlich Wirklichkeit werden können.“⁶⁰⁾

Als deutscher Friedensstaat hat unsere DDR in allen Phasen der Nachkriegsentwicklung konsequent für die internationale Entspannung und die dafür so notwendige Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gearbeitet und geeignete Vorschläge dazu unterbreitet. Erinnert sei hier nur an die Vorschläge für die Bildung einer deutschen Konföderation, die nach wie vor auf der Tagesordnung der deutschen Politik stehen, an den Deutschen Friedensplan und die jüngsten Vorschläge Walter Ulbrichts in der Volkskammersitzung am 31. Juli 1963 für konstruktive Lösungen zur friedlichen Regelung der deutschen Frage. Erläuternd bemerkte Walter Ulbricht dabei:

„Ich denke dabei besonders an die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die beide deutschen Staaten einschließt; an einen Rüstungsstopp; an den längst überfälligen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten; an die friedliche Lösung des Westberlin-Problems durch Umwandlung Westberlins in eine neutrale und Freie Stadt und einige weitere Fragen, deren Lösung herangereift ist.“

Ein weiteres Beispiel kraftvoller nationaler Selbstbestimmung gab die Bevölkerung der heutigen DDR bereits in den ersten Nachkriegsjahren mit grundlegenden demokratischen Umgestaltungen, in denen besonders die sozialen Elemente der nationalen Selbstbestimmung Berücksichtigung fanden.

„Unter Führung der Arbeiterklasse und gestützt auf die demokratischen Verwaltungsorgane verwirklichten Hunderttausende Landarbeiter und werktätige Bauern im Herbst 1945 die demokratische Bodenreform. Sie überwand den erbitterten Widerstand der Junker und Großgrundbesitzer und ihrer politischen Fürsprecher, zerschlugen den kapitalistisch-großjunkerlichen Großgrundbesitz und teilten den Boden unter die Bauern auf. Durch die demokratische Bodenreform wurde die seit Jahrhunderten erteilte Bauernbefreiung eingeleitet.“

⁶⁰⁾ Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ideale und Ziele, S. 13

Die demokratische Bodenreform war die bis dahin größte siegreiche revolutionäre Aktion der Massen in der deutschen Geschichte...

Mit der im Herbst 1945 begonnenen demokratischen Schulreform und der demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur entwickelte sich unter der Führung der Arbeiterklasse der tiefgehende ideologische Umerziehungsprozeß weiter. Das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen wurde gebrochen. Indem die Arbeiterklasse ein neues demokratisches Bildungsziel schuf und sich Zehntausende ihrer befähigten Vertreter als Neulehrer der Erziehung und Bildung der Jugend widmeten, wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß sich die produktiven und geistigen Schöpferkräfte der Werktätigen breit entfalten konnten.

Gleichzeitig wurde die Justizreform in Angriff genommen und mit dem Aufbau der Volkspolizei begonnen, die in ihren Reihen viele in harten Klassenkämpfen erprobte Arbeiter vereinte und sich von Anfang an fest auf die Mitarbeit der Werktätigen stützte.“⁶¹⁾

Diese Umwälzungen haben tief in die Struktur unseres Staatswesens eingegriffen und allen Angehörigen unseres Volkes die Möglichkeit eröffnet, ihre Anlage und Kräfte ungehindert zu entfalten und geltend zu machen für die Gestaltung des öffentlichen Lebens. Eine derart weitgehende Selbstbestimmung des staatlichen Lebens durch die Volksmassen ist das ausschließliche Kennzeichen der sozialistischen Länder.

Ein drittes Beispiel nationaler Selbstbestimmung gab die DDR mit dem Aufbau des Sozialismus, für den mit dem Übergang der Betriebe in die Hände des Volkes wichtige materielle Voraussetzungen geschaffen wurden. Dadurch wurde der alte Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung, die Anarchie der Produktion mit ihren Wirtschaftskrisen beseitigt.

„Die sozialistische Planwirtschaft ist ihrer Natur nach eine Wirtschaft des Aufstiegs und der Blüte. Zusammen mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird die soziale Ungleichheit beseitigt, die Arbeitslosigkeit verschwindet restlos. Der Sozialismus sichert allen Bauern Grund und Boden, hilft ihnen, ihre Wirtschaft zu entwickeln, vereint ihre Arbeitsanstrengungen auf freiwilliger Grundlage in Genossenschaften... Der Sozialismus gewährleistet der Arbeiterklasse und allen Werktätigen einen hohen materiellen und kulturellen Lebensstandard.“

Die sozialistische Gesellschaft gestaltet ihr ganzes Leben auf der Grundlage einer umfassenden Demokratie... Sozialistische Demokratie beinhaltet sowohl politische Freiheiten — Freiheit des Wortes und der Presse, Versammlungsfreiheit,

⁶¹⁾ Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Einheit, Sonderheft August 1962, S. 148 f.

das Recht zu wählen und gewählt zu werden – als auch soziale Rechte: das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf unentgeltliche Bildung und ärztliche Betreuung, auf Versorgung im Alter oder im Krankheitsfalle oder bei Verlust der Arbeitsfähigkeit; Gleichberechtigung der Bürger aller Rassen und Nationalitäten; Gleichberechtigung von Frau und Mann auf allen Gebieten des Staats-, Wirtschafts- und Kulturlebens⁶²⁾

Die Perspektiven des Sozialismus, die uns am klarsten in der Sowjetunion als dem am weitesten fortgeschrittenen, nunmehr bereits auf dem Weg in den Kommunismus befindlichen Land ersichtlich sind, sind jedoch nicht solche einer fernen Zukunft, sondern alle diese Wandlungen weltgeschichtlichen Formats vollziehen sich innerhalb einer einzigen Generation.

„Nach Ablauf der zwei Jahrzehnte (bis 1980) werden die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds in ihrer Gesamtheit rund die Hälfte des gesamten Realeinkommens der Bevölkerung ausmachen. So wird auf Kosten der Gesellschaft ermöglicht:

unentgeltliche Unterbringung der Kinder (auf Wunsch der Eltern) in Erziehungseinrichtungen und Internatsschulen;
materielle Versorgung der Arbeitsunfähigen;
unentgeltliche Bildung in allen Lehranstalten;
unentgeltliche ärztliche Betreuung für alle Bürger, einschließlich der Versorgung mit Medikamenten und der Sanatoriumsbehandlung von Kranken;
unentgeltliche Benutzung der Wohnungen sowie unentgeltliche Inanspruchnahme der kommunalen Dienste;
unentgeltliche Benutzung der kommunalen Verkehrsmittel;
unentgeltliche Inanspruchnahme einiger Arten von sonstigen Dienstleistungen;
sukzessive Senkung der Gebühren und teilweise unentgeltliche Benutzung von Erholungsheimen, Pensionen, Touristen-Herbergen und Sportanlagen;
immer größere Gewährung von Beihilfen, Vergünstigungen und Stipendien (Beihilfen für alleinstehende und kinderreiche Mütter, Stipendien für Studenten).“⁶³⁾

Der Übergang vom Ich zum Wir, der unser Leben ausfüllt, vollzieht sich notwendigerweise in einem sehr komplizierten Entwicklungsprozeß. Unsere Menschen, herangewachsen noch im Kapitalismus, mußten die alten Denk- und Handlungsgewohnheiten überwinden und sich nach und nach auf das Niveau sozialistischer Lebens- und Arbeitsweise emporarbeiten. Das erforderte Zeit und persönliche Anstrengungen. Heute aber sind die Erfolge dieser Wandlung offensichtlich. So konnte Walter Ulbricht in seiner Rede vor der Volkskammer am 31. Juli 1963 ausführen:

„Auch viele derjenigen, die vor einigen Jahren noch schwankten und die nicht recht wußten, wohin es geht, haben sich inzwischen von der Notwendigkeit, Unvermeidlichkeit und auch der Richtigkeit der sozialistischen Perspektive überzeugt. Auch

sie haben – wenn ich das so ausdrücken darf – am Sozialismus Geschmack gefunden. Das Leben selbst hat sie davon überzeugt, daß nur im Sozialismus die volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit, ihre Freiheit, ihr friedliches Leben und ihre schöpferische Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft und zum eigenen Nutzen gewährleistet sind.“

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ hat Bismarck einen Grafen Arnim⁶⁴⁾ verewigt, der, wenn er des süßen Weines voll war, wozu bei ihm nicht viel gehörte, gelegentlich seinem Herzen drastisch Luft machte. So erklärte er einmal nach einem Frühschoppen: „In jedem Vordermann in der Karriere sehe ich einen persönlichen Feind und behandle ihn dementsprechend. Nur darf er es nicht merken, solange er mein Vorgesetzter ist.“⁶⁵⁾

In diesem Ausspruch haben wir einen klassischen Ausdruck der Moral des Kapitalismus. Denn in der kapitalistischen Ordnung ist der andere immer der Konkurrent, der Feind, der niederzuringen ist, wobei zum Haß noch die Heuchelei kommt.

Dem Sozialismus dagegen ist die Solidarität eigen, das Einstehen füreinander, die Zusammenarbeit gleichberechtigter und gleichgeachteter Bürger. Dem entspricht auch, daß die Erfahrenen ihr Wissen und ihre Fertigkeiten nicht für sich behalten als ein persönliches Geheimnis, sondern sie mitteilen und so für alle fruchtbar machen.

Die Entscheidung für diese Gesellschaftsordnung ist dem Menschen christlichen Glaubens nicht wesenfremd. So ist denn auch von den führenden Politikern der CDU wiederholt darauf hingewiesen worden, daß unser Ja zum Sozialismus auch bedingt ist durch die Lehren der 2000jährigen Geschichte der Christenheit.

Eine Zustimmung zur gesellschaftlichen Neuordnung enthielt bereits der Gründungsauftrag der CDU vom 26. Juni 1945 mit dem Bekenntnis zur Wirtschaftsplanung, zur Vergesellschaftung der Bodenschätze und Schlüsselunternehmen, zur Bodenreform und zur Kraft der Arbeiterklasse. Dieses Bekenntnis ist auf den Parteitag der CDU der folgenden Zeit immer mehr konkretisiert worden. So heißt es in der Entschließung des 6. Parteitags der CDU vom 18. Oktober 1952:

„Die christlichen Demokraten stehen bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus mit der Arbeiterklasse in einer gemeinsamen Front. Dabei erkennen sie vorbehaltlos die führende Rolle dieser Klasse und ihrer Partei beim Aufbau des Sozialismus an... Der Christlich-Demokratischen Union fällt beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik maßgebliche Mitverantwortung zu. Ihr obliegt die Aufgabe, die christliche Bevölkerung über das Wesen der sozialistischen Ordnung unermüdlich aufzuklären.“

⁶²⁾ Programm der KPdSU, in: Presse der Sowjetunion 1961, S. 3229

⁶³⁾ Programm der KPdSU, a. a. O., S. 3253

⁶⁴⁾ Harry Graf von Arnim-Suckow, ehemaliger deutscher Botschafter in Paris

⁶⁵⁾ Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart 1928, S. 461

„Auf den folgenden Parteitag wurde dieses Bekenntnis der christlichen Demokraten zum Sozialismus folgerichtig weiterentwickelt und konkretisiert“, heißt es in der Entschließung des 10. Parteitages der CDU. „Der 7. und 8. Parteitag erhärteten die Feststellung, daß der Sozialismus in einem Maße wie keine bisherige gesellschaftliche Ordnung die Möglichkeit gibt, die aus dem christlichen Glauben erwachsenden gesellschaftlichen Anliegen zu verwirklichen. Der 9. Parteitag sagte aus, daß eine wahrhaft schöpferische christliche Existenz in der Verantwortung vor der Gesellschaft heute nur unter den Bedingungen des Sozialismus möglich ist. Diese Erkenntnisse aber wurden nicht nur theoretisch immer besser und überzeugender fundiert, sondern vor allem auch in der Praxis durch die sozialistischen Taten unserer Freunde bewährt.“ Eine neue Bekräftigung fand dieses Bekenntnis auf dem 10. Parteitag, in dessen Entschließung es weiter heißt:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist die politische Heimat aller ihrer Bürger, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Position. Sie ist unser Staat, dem unsere Liebe, unsere Kraft, unser Einsatz gehören...“

Die Erfolge unseres sozialistischen Aufbauwerkes wurden zum unwiderlegbaren Beweis für die Richtigkeit unserer nationalen Politik des Friedens und der Verständigung, wurden zum sprechenden Zeugnis dafür, daß unser Volk sehr wohl imstande ist, sich in freier Selbstbestimmung gegen die unseligen Kräfte der Vergangenheit ein neues, friedvolles und glückliches Leben im Kreise der Gemeinschaft freier und friedliebender Nationen aufzubauen...

Die sozialistische Umwälzung in der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt erstmalig in der Geschichte unseres Volkes die gesellschaftlichen Anliegen und ethischen Forderungen auch der friedliebenden und fortschrittlichen Christen, ihre Friedenssehnsucht und ihr Verlangen nach einer sozial gerechten Ordnung der Beziehungen zwischen den Menschen.

Das Christentum war von seinem Ursprung her der Glaube und die Hoffnung der Mühseligen und Beladenen, der Erniedrigten und Beleidigten, der Armen und Entrechteten. Die verfaßten Kirchen aber standen Jahrhunderte hindurch auf der Seite der herrschenden Gewalten, der Klassengesellschaft. Die immer wieder erhobenen Proteste und Mahnrufe ehrlicher, verantwortungsbewußter christlicher Persönlichkeiten verhallten wirkungslos, ihre humanitären Bestrebungen scheiterten an den auch mit Hilfe der Kirche aufrechterhaltenen Schranken der Ausbeutergesellschaft. Viele aus christlicher Verantwortung geborene sozial fortschrittliche Bewegungen wurden niedergehalten und blieben ergebnislos. Dieses Erbe fortschrittlicher Strömungen der Vergangenheit verpflichtet

uns, solche Traditionen aufzunehmen, schöpferisch fortzuführen und in unserer neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu vollenden. Nur auf diese Weise können die Widersprüche zwischen dem Sehnen und Wollen der einfachen, nach vorn blickenden christlichen Menschen und der weithin der Reaktion verhafteten Haltung der Kirchenleitungen gelöst werden. Dazu aber ist es unumgänglich notwendig, die gesellschaftlich schöpferischen Potenzen der friedliebenden christlichen Menschen auf jene Klasse zu orientieren, die von der Geschichte berufen ist, bei der Errichtung der sozialistischen Ordnung voranzuschreiten: auf die Arbeiterklasse.“

So hat die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Errichtung des Arbeiter-und-Bauern-Staates, den grundlegenden Reformen und schließlich mit dem Aufbau des Sozialismus die nationale Selbstbestimmung in vorbildlicher Weise ausgeübt. Abgelegt aber wurde dieses Bekenntnis nicht mit Worten, nicht mit Resolutionen, sondern durch politische und ökonomische Taten, durch die tägliche Arbeit.

„Und wenn jemand in der Welt fragt: Wo ist die Selbstbestimmung der Bürger der DDR? — so antworten wir: Hier ist sie! Hier sind ihre großen ersten Früchte! Schaut sie euch gut an, diese Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus! Die Ursache des Krieges, die Herrschaft der Konzerne, Banken, Großgrundbesitzer und andere Militaristen wurde beseitigt. Das friedliebende Volk, das selbst der Besitzer der Produktionsmittel ist, hat seinen Staat aufgebaut und hat gelernt, ihn zu leiten, und bestimmt die Friedenspolitik.“

Wir zweifeln nicht daran: Eines Tages werden auch die Bürger Westdeutschlands von ihrem Recht auf Selbstbestimmung in ähnlicher Weise Gebrauch machen. Dann werden wir auch der Wiedervereinigung des deutschen Volkes nahe sein.“⁶⁶⁾

Diese Entscheidung über die Struktur und die Politik der DDR, zustande gekommen unter breitester täglicher Mitarbeit der gesamten Bevölkerung, kann nicht von einer kleinen Gruppe Monopolherren in Gebieten jenseits unserer Grenze durch taktische Manöver rückgängig gemacht werden. Angesichts der gegensätzlichen Entwicklung in beiden deutschen Staaten, die dahin geführt hat, daß in der DDR ein friedliebender, demokratischer, sozialistischer Staat entstanden ist, die Bundesregierung aber unter Preisgabe der Chance von 1945 „wieder in eine Ausbeutungsdomäne der Junker und Konzernherren von Rhein und Ruhr“ und in die Hauptkriegsbasis der NATO⁶⁷⁾ zurückgewandelt worden ist und dieses

⁶⁶⁾ Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands, S. 80

⁶⁷⁾ Walter Ulbricht. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1962, Band VI, S. 454

System nach dem Willen der Bonner Regierung auch Gesamtdeutschland aufgenötigt werden soll, ist die Bonner Forderung nach „freien Wahlen“ ein betrügerisches Manöver.

„Angesichts einer solchen Lage die Wiedervereinigung durch einen Wahlakt zu propagieren, ist nur ein lächerlicher Trick.“⁶⁸⁾ Schließlich war es doch die Bundesregierung, die, als gesamtdeutsche Wahlen noch möglich waren und dementsprechend auch hier die Regierung der DDR mit realistischen Vorschlägen hervortrat, zum Beispiel mit der Anregung, die erforderlichen Wahlen auf der Grundlage der Wahlordnung der Weimarer Republik durchzuführen, auch diese Vorschläge abgelehnt hat. „Auf der Durchführung sogenannter freier Wahlen angesichts der Existenz zweier souveräner Staaten bestehen, das bedeutet, bewußt das Prinzip der Selbstbestimmung ablehnen und sich in die inneren Angelegenheiten des anderen deutschen Staates einmischen.“⁶⁹⁾

Ebenso durchsichtig sind die Ziele, die mit der neuerlich erhobenen Forderung nach einem „Referendum“ in Westberlin verfolgt werden. Sehr eingehend setzt sich damit der bereits zitierte Artikel „Die Deutschen und das Selbstbestimmungsrecht“ in der „Deutschen Außenpolitik“ auseinander, auf den deshalb besonders hinzuweisen ist. Darin heißt es:

„Im Prinzip hat die Bevölkerung Westberlins als besondere soziale und historische Gemeinschaft, die sich inmitten der DDR infolge der Besonderheiten der Nachkriegsentwicklung Deutschlands gebildet hat, ein Recht auf Selbstbestimmung. Aber bei der Betrachtung dieser Frage darf man nicht zwei völlig verschiedene Probleme, die es hier gibt, miteinander vermengen, wie dies die Westberliner Behörden tun, und zwar: die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Westberlins, die ein internationales Problem ist, und die Frage der freien Bestimmung seiner Lebensweise durch die Westberliner, die ihre innere Angelegenheit ist. Bis die erste Frage nicht gelöst ist, fehlt die Grundlage für die Lösung der zweiten Frage, weil jede Gemeinschaft der Menschen erst dann frei ihr Recht auf die Selbstbestimmung realisieren kann, wenn sie aus einem Objekt zu einem Subjekt des internationalen Rechtes wird, d. h. wenn wir über Westberlin konkret sprechen, erst dann, wenn dort das Okkupationsregime liquidiert wird und seine völkerrechtliche Stellung bestimmt wird...“

Deshalb wird die Frage des Status Westberlin nicht durch den Westberliner Senat und die Westberliner Bevölkerung, sondern von den Mächten entschieden, die die Verantwortung für die Friedensregelung mit Deutschland tragen. Sie wird nicht durch ein Referendum, sondern auf der Grundlage der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrags entschieden.

Sie wird sowohl im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten, d. h. auf der mit den Westmächten vereinbarten Grundlage, als auch im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrags durch die daran interessierten Staaten allein mit der DDR automatisch gelöst, weil Westberlin auf deren Territorium liegt.“⁷⁰⁾

Daraus ergibt sich dann auch, daß angesichts der geographischen Position Westberlins bei der Entscheidung der Westberlin-Frage auch die DDR ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat und ihre Interessen und legitimen Rechte berücksichtigt werden müssen. Die Respektierung dieser Selbstverständlichkeit sollte dem Westen um so leichter fallen, als die DDR dadurch, daß sie darauf verzichtet, den Grundsatz der staatlichen Zugehörigkeit Westberlins zur DDR geltend zu machen, bereits ein großzügiges Beispiel der Kompromißbereitschaft gegeben hat.

Während, worauf im nächsten Abschnitt noch näher einzugehen ist, das Prinzip der Selbstbestimmung der Bundesregierung nur ein Propagandainstrument ist, ist in der DDR die nationale Selbstbestimmung eine Realität, die sich sowohl in der Innenpolitik als auch in den Beziehungen zu den anderen Völkern, insbesondere auch zu den jungen Nationalstaaten, auswirkt; denn die Gesetze des Sozialismus sind bestimmt auch für die Außenpolitik unserer Regierung.

„Das Wesen der neuen deutschen Politik besteht darin, daß Deutschland auf jede Revanche, auf jede Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker, auf jede Teilnahme an der imperialistischen Kolonialpolitik verzichtet.“⁷¹⁾

Schon die Präambel unserer Verfassung bestimmt, daß kein Bürger der DDR an Kriegshandlungen teilnehmen darf, die der Unterdrückung anderer Völker dienen. Die in unserem Staat herrschende geistige Atmosphäre verhindert das Wideraufkommen jeder Kriegs- und Rassenhetze, wie sie umgekehrt alle Bestrebungen zur Zusammenarbeit der Völker begünstigt. So hat sich zum Beispiel im Mai 1959 das VI. Parlament der Freien Deutschen Jugend in dem „Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus“ zum Kampf dafür bekannt, daß alle Völker der Erde frei und unabhängig leben können.

Die Politik der DDR gegenüber den jungen Staaten in Afrika und Asien ist gekennzeichnet durch Achtung der nationalen Souveränität und eine vielseitige ökonomische Hilfe, die Gewährung langfristiger Kredite zu einem niedrigen Zinssatz, günstige Handelsabkommen auf der Grundlage des für die jungen Völker so wichtigen äquivalenten Warenaustausches unter Einschluß der für die Entwicklung einer eigenen Industrie so vordringlichen hochwertigen

⁶⁸⁾ a. O., S. 455

⁶⁹⁾ a. a. O., S. 347

⁷⁰⁾ Deutsche Außenpolitik Nr. 5/1963, S. 351

⁷¹⁾ Walter Ulbricht, Eine neue deutsche Politik. In: Neues Deutschland vom 9. Mai 1959

Produktionsmittel. Wie gerade darin die DDR kapitalistische Staaten, allen voran die Bundesrepublik, übertrifft, spiegelt sich darin wider, daß im Jahre 1959 an die VAR aus der DDR 2968 Werkzeugmaschinen geliefert wurden, aus Westdeutschland dagegen nur 688.

Ergänzt wird die ökonomische Unterstützung durch die Entwicklung kultureller Beziehungen, durch die Gründung der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft und die kostenlose Ausbildung wissenschaftlicher Kader der jungen Völker an den Universitäten der DDR.

Von besonderer Bedeutung ist sodann die diplomatische Unterstützung der jungen Nationalstaaten durch die Regierung der DDR, die dazu beiträgt, diesen Staaten zu ermöglichen, mitbestimmend in die internationale Entwicklung einzugreifen.

1955 anerkannte die Regierung der DDR die auf der Konferenz der antiimperialistischen Konferenzen in Bandung verkündeten fünf Prinzipien: Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz.

1956 verurteilte die Regierung der DDR die Aggression Englands, Frankreichs und Israels gegen Ägypten und stellte dabei in einer Erklärung vor der Volkskammer fest, daß sich hier die imperialistische Kolonialpolitik erneut als Politik der Unterdrückung, der nackten Gewalt, des Feuers und des Schwertes entlarvt hat.

Im März 1959 wiederum wurde in einer Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Kolonialterror in Belgisch-Kongo scharf verurteilt, verbunden mit der Forderung nach sofortiger Einstellung des blutigen Terrors gegen die afrikanischen Völker. „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“, so heißt es in dieser Erklärung, „ist der Auffassung, daß die Regierungen der imperialistischen Staaten den afrikanischen Völkern ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit gewähren müssen.“

Charakteristisch für unsere Beziehungen zu den jungen Staaten ist, daß Walter Ulbricht, als er am 26. September 1960 kurz nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrats das Diplomatische Korps empfing, in dieser seiner ersten programmatischen Erklärung gerade unserer Haltung zu den jungen Nationalstaaten besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. Ausgehend davon, daß auch in der Außenpolitik der beiden deutschen Staaten die so grundverschiedenen Traditionen der deutschen Geschichte wirksam werden, führte Walter Ulbricht aus:

„Die Außenpolitik der DDR wurzelt in den von der Arbeiterklasse, von allen wahrhaft patriotischen Deutschen und den größten Helden des Geistes unserer Geschichte stets gepflegten und weiterentwickelten Traditionen des echten Hu-

manismus, der Menschenliebe und Völkerfreundschaft, in der Tradition der Achtung vor der Menschenwürde, vor der Kultur und Leistung eines jeden anderen Volkes... Die Außenpolitik der westdeutschen Bundesrepublik dagegen wird von den Traditionen der deutschen Militaristen und Revanchisten, der reaktionären Herrenmenschen, der Unterdrücker und Ausbeuter fremder Völker bestimmt... Dieser Tradition folgend feiert man heute in Westdeutschland kaiserliche Generale, die die blutige Vernichtung afrikanischer Völker kommandiert haben. Für die Einstellung der Bonner Militaristen zu den jungen Nationalstaaten und den um ihre Freiheit ringenden Völkern ist bezeichnend, daß die Exponenten des westdeutschen Finanzkapitals es heute wagen, diese Völker als ‚Halbstarke‘ Völker zu kennzeichnen, die dringend der väterlichen Zuchttrute, d. h. natürlich der Zuchttrute des ‚weißen Mannes‘ aus Washington, Bonn und Umgebung bedürfen. Die weiße Rasse, so wird weiter behauptet, müsse die Rolle des autoritativen Erziehers dieser ‚halbstarken Völker‘ übernehmen, damit sie lernten, ‚langsam in die Zivilisation hineinzuwachsen‘. Die westdeutschen Militaristen und Imperialisten – in engster Gemeinschaft mit dem Monopolkapital der USA – möchten also das Rad der Geschichte zurückdrehen, die um ihre Freiheit ringenden Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas an die Kette legen und die jungen Nationalstaaten im Zeichen des Neokolonialismus wieder in die imperialistische Botmäßigkeit zwingen...

Die Deutsche Demokratische Republik verfolgt eine andere Tradition des deutschen Volkes im Verhältnis zu den Ländern und Völkern, die unter kolonialer Unterdrückung schmachteten und ihren nationalen Befreiungskampf führen, nämlich die Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Humanisten, die immer die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung verachteten und bekämpften, die immer das heilige Recht der kolonial unterdrückten Völker auf Freiheit, Menschenwürde und ein nationalstaatlich selbständiges glückliches Leben verfolgten. Fußend auf diese guten humanistischen deutschen Traditionen fördert die DDR nach Kräften überall und zu jedem Zeitpunkt die jungen Nationalstaaten und die um Freiheit und Recht kämpfenden Völker. Afrika den Afrikanern – das ist der Grundsatz unserer Afrikapolitik.“

So hat der Kolonialterror, „die brutalste Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“, wie in den sozialistischen Ländern insgesamt, so auch in der DDR die schärfste Verurteilung gefunden. Auch das ist ein überzeugender Beweis der Folgerichtigkeit der Selbstbestimmung in der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Haltung hat das Ansehen der DDR in diesen Ländern beträchtlich erhöht, wie zum Beispiel auch der Ministerpräsident der DDR als erster Regierungschef eines deutschen Landes 1959 Afrika einen Besuch abgestattet hat.

„Unsere antiimperialistische Außenpolitik, unser konsequentes Eintreten gegen den Kolonialismus und Neokolonialismus haben unserer Republik die zunehmende Freundschaft der Völker der jungen Nationalstaaten eingebracht. In diesen Ländern und in der Entwicklung ihrer Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten widerspiegelt sich die Auseinandersetzung zwischen der auf Frieden und Gleichberechtigung beruhenden Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik und der nationalistischen und imperialistischen Außenpolitik des Bonner Regimes.“⁷²⁾

Die Bundesrepublik und die Selbstbestimmung – Phrase und Wirklichkeit

Es bleibt nunmehr noch im einzelnen nachzuweisen, wie in der Bundesrepublik in der Frage der nationalen Selbstbestimmung Anspruch und Wirklichkeit einander schroff gegenüberstehen. Während die Bundesregierung in Worten den „Vorkämpfer“ der nationalen Selbstbestimmung spielt, während der Präsident des Bundestages, Eugen Gerstenmaier, auf dem Kölner Parteitag der CDU bombastisch erklärte, er werde „das Selbstbestimmungsrecht vor der Welt und der Geschichte einklagen“, wird die bundesdeutsche Praxis durch die Negation der Selbstbestimmung bestimmt. Und diese Ablehnung gilt sowohl dem eigenen Volk wie auch den jungen Nationalstaaten in Asien und Afrika.

Wie in der Deutschen Demokratischen Republik, so ist auch in Westdeutschland eine enge Wechselwirkung der nationalen und der sozialen Elemente in der Frage der Selbstbestimmung wirksam. Nur ist es in der Bundesrepublik nicht das Volk, nach dessen Willen die Entscheidungen getroffen werden, sondern stets war es die Großbourgeoisie, die, indem sie das Recht der Selbstbestimmung usurpierte, auch die Wegemarken setzt – in Fortführung einer Politik, die unsere Generation zweimal in den Weltkrieg geführt hat.

„Das in diesen beiden Kriegen durch die Schuld des deutschen Militarismus vergossene Blut unseres Volkes und der anderen Völker, die Ruinen unserer Städte und der Wohnstätten unserer Nachbarnationen, das namenlose Leid in unserem eigenen Volke und in den anderen vom Hitlerdeutschland heimgesuchten Ländern – diese ganze unselige und fluchbeladene Hinterlassenschaft zweier Kriege mahnte unser Volk unüberhörbar: Deutschlands Zukunft liegt nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Felde friedlicher Arbeit.“⁷³⁾

Die westdeutsche Großbourgeoisie aber entschied sich sehr bald nach 1945 erneut für das Schwert, begünstigt durch den Zerfall der Antihitler-Koalition und den kalten Krieg der Westmächte gegen die Sowjetunion. Dem aggressiven Charakter der westdeutschen Außenpolitik entsprach eine reaktionäre Innenpolitik, da die alten Wege nur gegen das Volk weiter beschritten werden konnten.

Im Zuge dieser Entwicklung wurden zunächst alle Forderungen nach sozialen Reformen systematisch unterdrückt, wenn notwendig unter Einschaltung der Besatzungsmächte, die die Realisierung unerwünschter Beschlüsse der Volksvertretungen durch ihr Veto verhinderten.

⁷²⁾ Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der SED, S. 16/17

⁷³⁾ Entschließung des 10. Parteitags der CDU

Verhindert wurde so die Durchführung einer Bodenreform, die einmal auch von bürgerlichen Politikern propagiert worden war, und sodann die Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum, wie sie z. B. der Artikel 41 der hessischen Landesverfassung vorsah. Als sich nach einem vorausgegangenen Veto der amerikanischen Besatzungsmacht in einer Volksabstimmung 70 Prozent der hessischen Wähler abermals für die Überführung der Grundstoffindustrie in das Gemeineigentum aussprachen und damit die Verfassung bekräftigten, wurde auch diese Entscheidung durch neue Pressionen hintertrieben.

Unterdrückt wurden des weiteren die Anstrengungen in der KPD und der SPD zum Zusammenschluß beider Parteien, zur Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterbewegung, deren Notwendigkeit durch die Ereignisse von 1933 so sichtbar geworden ist, und 1948 schließlich auch die Bestrebungen zur Durchführung eines deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden auch in Westdeutschland.

„Wir fordern“, so hieß es am 4. Januar 1948 in dem Aufruf eines bayrischen Initiativkomitees, dem Vertreter der SPD, der FDP, der KPD, des Bundes christlicher Sozialisten und Parteilose angehörten, „daß die Entscheidung über sein Schicksal in die Hände des deutschen Volkes gelegt und eine Volksabstimmung darüber abgehalten wird, ob Deutschland als Ganzes bestehenbleibt oder in Stücke geschlagen werden soll. Das Ergebnis dieser Volksabstimmung wird das spontane Bekenntnis zur deutschen Einheit sein.“⁷⁴⁾

Als trotz aller Behinderung der Volkskongreßbewegung durch die amerikanische Militärregierung und die reaktionäre Parteibürokratie der SPD und der bürgerlichen Parteien die Gewißheit bestand, daß der für München vorgesehene Volkskongreß sich zu einer großen nationalen Kundgebung gestalten werde, schritt auch hier die amerikanische Militärregierung mit einem Verbot ein, durch das der Vorbereitende Ausschuß zur Einstellung seiner Arbeit gezwungen wurde.

So blieb in Westdeutschland auch nach der größten Katastrophe in der deutschen Geschichte alles beim alten und die unselige Vergangenheit weiter lebendig.

„Entgegen den notwendigen geschichtlichen Konsequenzen und nationalen Erfordernissen erstarkten dort sehr bald nach der Befreiung Deutschlands wieder die Kräfte der imperialistischen Reaktion, die dann im Bunde mit den USA und deren Alliierten zur systematischen Vorbereitung und Einleitung der staatlichen Spaltung und Zerreißung Deutschlands schritten. Die Entfaltung der demokratischen Kräfte wurde zusehends behindert und mehr und mehr unmöglich gemacht. Das Finanzkapital und der Großgrundbesitz wurden im Gegensatz zu den verpflichtenden Bestimmungen des Potsda-

mer Abkommens kaum angestastet; die unter dem Eindruck des Volkswillens auch in Westdeutschland zustande gekommenen Volksabstimmungen und Landtagsbeschlüsse über die Sozialisierung der Grundstoffindustrie und über eine demokratische Bodenreform scheiterten an dem Veto der westlichen Besatzungsmächte. Führende Nazis und Kriegsverbrecher verblieben in entscheidenden Funktionen des Staates und der Wirtschaft oder tauchten sehr bald aus der Versenkung wieder auf. Die grundlegende demokratische Umerziehung der deutschen Bevölkerung und insbesondere der deutschen Jugend wurde in der Westzone weder von den Besatzungsmächten noch von den deutschen Behörden jemals ernsthaft und umfassend in Angriff genommen. Einheiten der faschistischen Wehrmacht – teilweise sogar unter der Befehlsgewalt der alten Nazioffiziere – blieben unter den Waffen und wurden der Verfügung der westlichen Besatzungsmächte unterstellt. Struktur und Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland erfuhren also keine prinzipiellen Veränderungen.“⁷⁵⁾

Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in Westdeutschland mit der Bildung der Bundesrepublik auf Empfehlungen oder – besser gesagt – auf Befehl der Londoner Konferenz der Westmächte, korrespondierend mit den Zielen der westdeutschen Großbourgeoisie. Wie sich die deutsche Großbourgeoisie in der Märzrevolution von 1848 mit dem preußischen Militarismus gegen die Arbeiterklasse verbunden hatte und so folgerichtig „nicht den Löwen, sondern den Schakalsanteil davontrug“,⁷⁶⁾ so verbündete sie sich jetzt angesichts der veränderten Verhältnisse in der Welt mit dem amerikanischen Imperialismus in der Hoffnung, sich so den Folgen der Niederlage entziehen und mit einem „besseren“ Verbündeten die Entscheidung der beiden Weltkriege anfechten zu können. Nationale Erwägungen, die Notwendigkeiten des deutschen Volkes, wirkten so bei der Errichtung des westdeutschen Separatstaates nicht mit.

„Die westdeutsche Bundesrepublik ist – das zeigt die schändliche Geschichte ihres Entstehens, das zeigt die Politik ihrer herrschenden Kreise von der Gründung des westdeutschen Separatstaates bis zum heutigen Tage – nicht aus nationaler Selbstbestimmung des deutschen Volkes hervorgegangen. Dieser Westzonenstaat wurde von den USA-Imperialisten und den westdeutschen Finanzkapitalisten errichtet, um Deutschland zu spalten. Er wurde der westdeutschen Bevölkerung aufgezwungen als imperialistisches, antinationales Staatsgebilde. Die herrschenden Kreise in Bonn haben mit ihren Komplizen in Paris, Washington und London seit 1945 mit unerhörtem Zynismus und unter Anwendung schändlicher Unterdrückungsmethoden das friedliebende deutsche Volk daran gehin-

⁷⁴⁾ Ein offenes Wort, Berlin 1948, S. 15

⁷⁵⁾ Entschließung des 10. Parteitags der CDU

⁷⁶⁾ Mehring, Gesammelte Schriften Band IV, S. 235

dert, sich seiner Verderber, Unterdrücker und Ausbeuter zu entledigen, über das eigene Schicksal selbst zu bestimmen, die deutsche Einheit in einem friedliebenden und demokratischen Deutschland wiederherzustellen. Sie taten das alles gegen ihr im Potsdamer Abkommen feierlich verkündetes Versprechen.

Sie haben gegen den ausgesprochenen Willen der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung und gegen das nationale deutsche Interesse Westdeutschland wieder aufgerüstet und seine Ausrüstung mit atomaren Waffen betrieben. Sie haben den Willen der westdeutschen Bevölkerung nach einer friedlichen Politik immer und zu jeder Zeit mißachtet. Sie haben die Demokratie unterdrückt und die Kommunistische Partei verboten, die als nationales und soziales Gewissen der westdeutschen Bevölkerung ihren Zielen gefährlich wurde. Unter der verfolgten Losung der Selbstbestimmung Westdeutschlands, ebenso wie Hitler, ihre revanchistischen Forderungen nach Annexion von Gebieten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Volksrepublik Polen. Die Losung von der „Selbstbestimmung im Munde Bonns ist nichts anderes als die Tarnung der Vorbereitung eines neuen Eroberungskrieges.“⁷⁷⁾

Mit diesen Worten ist im Nationalen Dokument der Weg der Bundesrepublik und das, was es mit der Selbstbestimmung in der Bundesrepublik auf sich hat, aufs deutlichste charakterisiert worden: die Breite und Schärfe der Unterdrückungsmethoden, der Zynismus der Bonner Staatsgewalt, die stete Mißachtung des Volkswillens, der ganze nationale Verrat der westdeutschen Großbourgeoisie.

Die Tatsache der Preisgabe der nationalen Interessen wird übrigens auch durch Aussprüche prominenter Vertreter der bundesdeutschen Politik bestätigt. So erklärte der Präsident des westdeutschen Bundestags, Eugen Gerstenmaier, auf dem Kölner Parteitag: „Unsere Politik war und ist bewußt und gewollte Integrationspolitik. Sie war es, weil wir weder in Deutschland noch sonst in der Welt in dem souveränen Nationalstaat länger das Ziel und den letzten Sinn zu sehen vermochten.“

So führt ein konsequenter Weg von der Errichtung der Bundesrepublik zu ihrer Eingliederung in die NATO, zum Verzicht auf die Initiative in der Sache der deutschen Wiedervereinigung. „In den Pariser Verträgen hat sich die Bonner Regierung ausdrücklich für ein Gesamtdeutschland erklärt, „das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“

(Artikel 7 des Deutschlandvertrages), also auf wichtige Grundsätze des nationalen Selbstbestimmungsrechtes verzichtet. Adenauer stimmte außerdem den Vorbehaltsrechten der drei Westmächte in den Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands zu und versucht damit, dem deutschen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen.“⁷⁸⁾

Erleichtert wurden der westdeutschen Großbourgeoisie und den Westmächten die Entscheidungen gegen die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes dadurch, daß die Westmächte schon während des Krieges dem Gedanken der Spaltung Deutschlands anhängen – der Aufteilung Deutschlands in fünf Staaten, wie sie von Roosevelt in Teheran vertreten wurde, der Dreiteilung Deutschlands, die Churchill 1944 bei den Besprechungen in Moskau propagierte, und der Aufteilung Deutschland in separate Staaten, für die sich der USA-Präsident Truman noch während der Potsdamer Konferenz einsetzte –, zum anderen in Konrad Adenauer ein westdeutscher Bundeskanzler vorhanden war, der von Jugend auf separatistischen Neigungen verhaftet ist. Schon nach dem ersten Weltkrieg gehörte Konrad Adenauer zu denen, die durch die Bildung einer „rheinischen Republik“ die Konzerne an Rhein und Ruhr von den Folgen des Krieges befreien wollten.

Aus dem Wissen um den volksfeindlichen Charakter ihrer Politik ist die Bundesregierung emsig bemüht, ihren Staat sorgfältig gegen das Volk als dem Leidtragenden dieser Entwicklung abzuschirmen. Dem dienen das Verbot der KPD im September 1956, die, wie es vorstehend in dem Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ dargelegt worden ist, als nationales und soziales Gewissen der westdeutschen Bevölkerung auftritt, und die Vorbereitung der Notstandsgesetze, die der Bundesregierung die Möglichkeit geben sollen, mit Hilfe des Ausnahmezustandes das Parlament und die Gewerkschaften auszuschalten, die gesamte Staatsgewalt in ihren Händen zu vereinigen und die Bundeswehr gegen das Volk aufzubieten.

Das deutsche Volk hat von seiner Großbourgeoisie nichts anderes zu erwarten als das, was es von ihr in den zwei Weltkriegen erfahren hat: Tod und Siechtum, Leid und Tränen, moralische und materielle Verwüstungen.

„Ein Blick auf die unübersehbaren Gräberfelder, auf die Trümmergebirge in ganz Europa und auch in Deutschland, auf die unendlichen Listen der Toten und Vermißten, der Verfolgten und Gemarterten, der Vergasteten und Erschlagenen zeigt, was alles auch dem deutschen Volk durch seine Großbourgeoisie und ihre faschistischen und militaristischen Hel-

⁷⁷⁾ Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands, S. 81

⁷⁸⁾ Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1962, S. 454

fershelfer an unermeßlichem Leid zugefügt wurde. Was hat doch diese Großbourgeoisie dem deutschen Volke angetan! Welche unerhörten Verluste an Gut und Blut kommen auf ihr Schuldkonto! Deutsche! Seht Euch die Karte Deutschlands von 1914, dann die von 1922 und dann die von 1945 an! Die Grenzen von 1914, dann die von 1922 und 1937 — sie wurden von den deutschen Monopolherren und Großgrundbesitzern unwiderruflich verspielt! Die deutsche Großbourgeoisie, die ihre Macht durch immer neue Raubkriege vergrößern wollte, machte Deutschland immer kleiner! Das alles hat die deutsche Nation ihrer Bourgeoisie zu verdanken. Und der von ihr erneute vorbereitete Revanchekrieg würde Westdeutschland, einen großen Teil der Nation, in das atomare Nichts verwandeln.⁷⁹⁾

Es gibt ein holländisches Sprichwort, das da heißt: „Een ezel stoot zich niet tweemaal aan denselven steen“. Seltenerweise haben während des ersten Weltkriegs gerade die Alldeutschen diesen Spruch für ihre Agitation verwendet, um Stimmung zu machen für ein großes Annexionsprogramm, „damit Lüttich und Verdun und Warschau nach zehn Jahren nicht abermals gestürmt und vor Warschau deutsche Soldaten wiederum frieren müssen“. Und ähnlich wandte sich selbst Hitler gegen die Wiederholung alter Fehler mit der Erklärung: „Jede Katze kann sich einmal die Pfoten verbrennen und jeder Mensch einmal Fehler machen, aber nur Narren tun das gleiche zweimal“, um dann in seiner Machtgier dennoch die alten Verbrechen seiner Auftraggeber, der Bourgeoisie, zu wiederholen. Nun aber ist die Bundesregierung auf dem Wege, sich ein drittes Mal an dem Stein zu stoßen, an dem vor ihr ihre Vorgänger zweimal gescheitert sind; an der Überbewertung der eigenen Kraft und an der Fehleinschätzung der politischen Wirklichkeit.

Wenn amerikanische Imperialisten einen Aggressionskurs steuern, mögen sie leichtfertig ähnliche Wirkungen für sich erhoffen, wie sie ihnen 1918 und 1945 durch die Blutopfer anderer Völker zustatten gekommen sind. In seinem Buch „Amerika geht in den Krieg“ schildert Charles Callan Tansill, welche phantastischen Kriegsprofite die Wirtschaft der Vereinigten Staaten aus dem ersten Weltkrieg gezogen hat:

„Mit verblüffender Schnelligkeit hielt die Prosperität ihren Einzug in Amerika. Die Wirtschaftsdepression, die der Regierung im Frühjahr 1915 so viel Sorgen gemacht hatte, verschwand plötzlich, und ein allgemeiner Aufschwung setzte ein. Der plötzliche Übergang von den Zeiten der Not zum Überfluß war der Gegenstand vieler Auslassungen amerikanischer Zeitungsleute. Im Januar 1916 tat Franch Strother eilends kund, daß die „Kriegsbestellungen in einem Jahr gleichsam einen Unterschied wie zwischen Hungerszeit und einem Freudenfest für die metallverarbeitende Industrie in den Vereinigten Staa-

ten hervorgebracht haben“, während George Frederick die Lage folgendermaßen zusammenfaßte: „Der Krieg bedeutet für Europa Zerstörung und Tod, für Amerika bedeutet er unzählige neue Millionäre und fieberhafte Eile im Wirtschaftsaufstieg.“⁸⁰⁾

Deutschland dagegen ist durch die Kriege aufs schwerste zerrüttet worden. Und wenn Bonn heute auf die Warnungen sozialistischer Staatsmänner nicht hören will, möge es sich dann wenigstens an die Realisten in den eigenen Reihen der deutschen Bourgeoisie erinnern, von denen gleichfalls ernste Warnungen vor neuen militärischen Abenteuern ausgegangen sind. Verwiesen sei hier auf Bismarck, der in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ darauf aufmerksam machte, daß „in der Zukunft nicht bloß kriegerische Rüstung, sondern auch ein richtiger politischer Blick dazu gehören, das deutsche Staatsschiff durch die Strömungen der Koalitionen zu steuern, denen wir nach unserer geographischen Lage und unserer Vorgeschichte ausgesetzt sind“⁸¹⁾, und an den Schöpfer der Reichswehr, Generaloberst von Seeckt, der zeitig genug klarstellte, daß Deutschland von einem Krieg gegen die Sowjetunion nie etwas zu erhoffen hat.

In der sozialen Struktur und nach der politischen Zielsetzung der Erbe des Hitlerstaates, hat die Bundesrepublik in ihrer gegenwärtigen offiziellen Politik mit Hitler auch den Mißbrauch des Begriffs „nationale Selbstbestimmung“ eigen, worauf in dem bereits zitierten Dokument des Nationalrats ja besonders aufmerksam gemacht wird. Ergänzend sei hier hervorgehoben, daß Hitler zunächst wenig von der nationalen Selbstbestimmung gesprochen hat, bekannte er sich doch offen zu dem „Recht des Stärkeren“, zur Vernichtung des Schwachen oder zu seiner bedingungslosen Unterwerfung. Während das Wesen der Selbstbestimmung, wie Lenin logisch begründete, u. a. in dem Recht auf die Bildung eines eigenen Nationalstaates, verbunden mit dem Recht auf die Trennung von einer fremden Nationalgemeinschaft, besteht, erhob Hitler gegen die Habsburger Monarchie den Vorwurf, seit Joseph II. versäumt zu haben, durch eine „ebenso rücksichtslose wie beherrliche Zentralisierung“ die anderen Nationen zu unterdrücken. Anders wurde das jedoch, als Hitler unmittelbar den Krieg vorbereitete. Nunmehr mußte ihm die Parole von der „nationalen Selbstbestimmung“ dazu erhalten, die Unterdrückung anderer Völker und die Eroberung ihres Territoriums zu rechtfertigen, verbunden stets mit Ausfällen gegen die Völker in den Kolonien, wie das auch für die bundesdeutsche Politik so typisch ist. „Denn wenn heute schon koloniale Lösungen von Fragen des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen niederen Völkerschaften abhängig gemacht werden“, so ließ sich Hitler am 12. März 1938 anlässlich des Einmarsches der faschistischen Wehrmacht in Österreich vernehmen, „dann ist es unerträglich, daß 6,5 Millionen Ange-

⁷⁹⁾ a. a. O., S. 91

⁸¹⁾ Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart 1928, S. 542

⁷⁸⁾ Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands, S. 58 f.

hörige eines alten und großen Kulturvolkes durch die Art seines Regimes praktisch unter diese Rechte gestellt sind.“ Ähnlich phrasenreich benutzte Hitler das Recht auf Selbstbestimmung gegen das tschechische Volk und 1939 gegen Polen.

Und genauso wie Hitler das Postulat der nationalen Selbstbestimmung lediglich als Instrument der Irreführung und der Macht mißbraucht hat, so verfolgt auch die Bundesregierung, wenn sie auf die ihr wesensfremde nationale Politik Bezug nimmt, aggressive Ziele, die sich gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten richten.

Aufs stärkste offenbart sich sodann die Unehrllichkeit der Bonner Politik in der Frage der nationalen Selbstbestimmung in ihrer Haltung gegenüber der Freiheitsbewegung in den ehemaligen K o l o n i e n. Wo immer in den letzten Jahren die Frage der nationalen Selbstbestimmung in Afrika oder in Asien akut geworden ist: Die Regierung der Bundesrepublik stand stets auf der Seite der Unterdrücker! So heißt es in einem Buch von Werner Holzer:

„In ganz Westafrika zum Beispiel konnten sich die Diplomaten der Bundesrepublik eine Reihe von Jahren nur hinter der vorgehaltenen Hand zu ihrem Verständnis für den Unabhängigkeitsdrang der Afrikaner bekennen, weil sie sonst Gefahr liefen, die französische Kolonialverwaltung und damit die Pariser Regierung vor den Kopf zu stoßen und sich dafür einen Rüffel aus Bonn einzuhandeln.“⁸²

Dieses „Verständnis“, hinter der vorgehaltenen Hand bekundet, hinderte die Bonner Regierung jedoch nicht im mindesten, den alten Kolonialmächten ihren Rat sowie moralische und materielle Unterstützung zu gewähren. Aus der Fülle der Beispiele, die dafür angeführt werden können, seien nachstehend einige besonders krasse Vorgänge verzeichnet.

Als England und Frankreich Ende Oktober, Anfang November 1956 mit dem Staat Israel als Werkzeug die Aggression gegen Ägypten eröffneten, als die UN unter dem Druck der Weltöffentlichkeit in ihrer ersten Außerordentlichen Vollversammlung im zehnten Jahre ihrer Existenz die Aggression verurteilte, die DDR durch eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer, einen Aufruf des Nationalrats und eine sofort eingeleitete Spenden- und Unterstützungsaktion sich mit den Opfern der Aggression solidarisierte⁸³) und die Sowjetregierung den Aggressoren den Satz entgegenschleuderte, der sofort zur Feueereinstellung führte:

„Wir sind voller Entschlossenheit, die Aggressoren unter Anwendung von Gewalt zu zerschmettern und den Frieden im Osten wiederherzustellen“.

⁸²) Werner Holzer, Das nackte Antlitz Afrikas, Frankfurt a. M. 1961, S. 31

⁸³) Der Hauptvorstand der CDU appellierte in dieser Zeit an die Christen in Frankreich und England und forderte sie auf, alles zu unternehmen, um ihre Regierungen zur Einstellung der Kampfhandlungen zu bestimmen.

stattete Adenauer dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Mollet in Paris einen Besuch ab und solidarisierte sich damit in provozierender Form mit den Aggressoren!

Das Salazar-Regime in Portugal konnte sich bei der Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung in Angola (Westafrika) der Unterstützung durch die Bundesrepublik erfreuen. In Ausführung eines Militärabkommens, das Franz Joseph Strauß als Kriegsminister der Bundesregierung mit Portugal abgeschlossen hatte, leistet Bonn Portugal durch die Entsendung von Fallschirmjägern, technischem Personal, durch Waffenlieferungen und finanzielle Mittel Hilfe in der Hoffnung, so aus dem in Angola investierten westdeutschen Kapital in Höhe von ein oder zwei Milliarden Mark („New Statesman“) größere Gewinne zu erzielen.

Geradezu einen Affront gegen die Vereinten Nationen leistet sich die Bundesregierung mit der Unterstützung des Verwoerd-Regimes in der Südafrikanischen Republik. In der gleichen Zeit (Juli 1963), in der der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen das mit der Verantwortung für die Ermordung von Tausenden von Negern belastete Apartheid-Regime ein Waffenembargo verhängte, gewährte die Bundesregierung dieser Regierung einen Kredit.

Völlig im Einklang damit steht das Verhalten der Bundesregierung gegenüber dem Terrorregime der Familie Diem in Südvietnam, der übrigens der zukünftige Bundeskanzler Erhard 1958 einen Besuch abgestattet hat. Während die Greuel in Südvietnam auch von dem amerikanischen Präsidenten Kennedy und vom Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Paul VI., als schwere Belastung empfunden werden und sie zu ersten Warnungen veranlaßten, ist in Bonn nie ein Wort der Kritik laut geworden. Dafür kann die Bundesregierung für sich in Anspruch nehmen, das Diem-Regime im Rahmen des Kapitalhilfeabkommens mit Krediten in Höhe von 65 Millionen DM unterstützt und es zugelassen zu haben, daß westdeutsche Firmen in Südvietnam eine Fabrik für chemische Kampfstoffe bauen, deren Produktion dazu dienen soll, die Bevölkerung aufständischer Dörfer „zur Raison zu bringen“. Vertretern aber wird Bonn in Saigon durch einen ehemaligen Ribbentrop-Diplomaten, den Freiherrn von Wendland.

In ganz besonderem Maße ist Frankreich in seinem langjährigen grausamen Krieg gegen Algerien von der Bundesrepublik unterstützt worden. Nach einer Mitteilung der „Welt“ vom 4. April 1958 hat die Bundesregierung an Frankreich nicht weniger als eine Milliarde Westmark Kredite gewährt, die größtenteils für den Kampf gegen das algerische Volk verwendet worden sind. Aber auch Angehörige der Bundesrepublik haben innerhalb der Fremdenlegion an den Kampfhandlungen gegen die algerischen Patrioten direkt teil-

genommen. Möglich war das nur dadurch, daß die Bundesregierung niemals ernstlich gegen die Werbungen für die französische Fremdenlegion in Westdeutschland eingeschritten ist. Indirekt wurde diese Werbung auch noch dadurch erleichtert, daß die Fremdenlegion in der Zeitschrift des Bonner Kriegsministeriums „Wehrkunde“ als einer „der besten Eliteverbände Westeuropas“ gefeiert wurde, als ein erstrebenswertes Vorbild der Bundeswehr:

„Denn hier ist eine Truppe, bei der alle jene Motive wie Freiheit und Demokratie ebensowenig eine Grundlage der Wehrmoral abgeben wie das Nationalgefühl.“⁸⁴⁾

Mit Recht erhob daher Prof. Dr. Reintanz im „Heft aus Burgscheidungen“ über „Afrika – Einige seiner Probleme“ den Vorwurf (S. 43), daß der deutsche Militarismus in Algier als kriegführende Macht in Erscheinung getreten ist.

Eine erhebliche Unterstützung erfuhr Frankreich durch die Bundesrepublik ferner bei den Kernwaffenversuchen in der Sahara und bei der Entwicklung von Panzerabwehrraketen.

Begleitet wird diese intensive Unterstützung der alten Kolonialmächte durch die Bundesrepublik von einer gegen die jungen Nationalstaaten und ihre Führer gerichtete diskriminierenden Propaganda der Bonner Ideologen – sei es, daß in plumpen, schamlosen Ausfällen ein Mann wie Sékou Touré von einem großen westdeutschen Blatt 1961 als „unverschämter, größenwahnsinniger Gernegroß“ und als „Buschneger aus dem Urwald“⁸⁵⁾ tituliert werden oder die britischen Kolonialbehörden aufgefordert werden konnten, in den noch nicht befreiten Teilen Afrikas die Gewährung der nationalen Unabhängigkeit zu verzögern.

Wie in der DDR die Innen- und die Außenpolitik den gleichen Charakter tragen, so auch in der Bundesrepublik. Während jedoch in der DDR das Bekenntnis zum Frieden und zur friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung, das uneingeschränkte Ja zur nationalen Selbstbestimmung aller Völker die Politik bestimmt, sind es in der Bundesrepublik aggressive Zielsetzungen, ist es die Fortführung der alten Machtpolitik des deutschen Imperialismus.

Schluß

Insgesamt haben heute in Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung 1,2 Milliarden Menschen in bisher kolonial unterjochten Ländern ihre Freiheit gewonnen. 150 Millionen werden weiterhin von den Kolonialmächten beherrscht. Aber auch ihre Freiheit ist gewiß. In diesem Prozeß, für den der Begründer der Sowjetunion, Lenin, den Völkern eine klare Definition der nationalen Selbstbestimmung und in der von ihm eingeleiteten sowjetischen Friedens- und Nationalitätenpolitik das Beispiel dafür gegeben hat, bieten die sozialistischen Länder der Unabhängigkeitsbewegung einen festen Rückhalt. So muß selbst ein westdeutscher Zeuge eingestehen:

„Die Freilassung der afrikanischen Völker ist, man sollte sich darüber nichts vormachen, weniger das Resultat einer westlichen Gewissensprüfung, einer selbstlosen und freiwilligen Umkehr zur Moralität, sondern die ‚neue Moralität‘ des Westens ist den Kolonialmächten durch den Ost-West-Konflikt, präzise gesagt, vom Kommunismus, diktiert worden. Das mag für westliche Ohren nicht angenehm klingen, aber es läßt sich nicht verleugnen.“⁸⁶⁾

In Deutschland hat die Bevölkerung der DDR mit der Errichtung ihres Staates das Recht auf Selbstbestimmung sowohl hinsichtlich der nationalen als auch der sozialen Elemente verwirklicht und die Freiheit zur Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse nach dem Willen des Volkes erlangt.

In Westdeutschland ist es weiterhin die Großbourgeoisie, die das Schicksal des Staates bestimmt. Auf die Dauer wird auch sie den Willen des Volkes nicht unterdrücken können. Ein Prozeß, der inzwischen die ganze Welt erfaßt hat, macht auch vor den Grenzen der Bundesrepublik nicht halt. Die nationale Selbstbestimmung wird sich weiterhin siegreich auf der ganzen Linie durchsetzen. Und wir Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind stolz, in dieser Entwicklung mit in der ersten Reihe zu stehen, durchdrungen von den Lehren der deutschen Geschichte, eingedenk der großen Traditionen der fortschrittlichen Kräfte unseres Vaterlandes.

⁸⁴⁾ Zit. nach Charisius in: Neue Zeit Nr. 83/1962

⁸⁵⁾ Zit. nach: Einheit 1/1961, S. 274

⁸⁶⁾ Fritz Schatten, Afrika – Schwarz oder Rot?, München 1961, S. 29

Inhalt

| | |
|--|----|
| Einleitung | 3 |
| Das Wesen der nationalen Selbstbestimmung | 8 |
| Geschichtliche Beispiele nationaler Selbstbestimmung .. | 12 |
| Die Selbstbestimmung in der Deutschen Demokratischen Republik | 30 |
| Die Bundesrepublik und die Selbstbestimmung – Phrase und Wirklichkeit | 49 |
| Schluß | 59 |

NOTIZEN

NOTIZEN

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit

- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 96 Die Friedensbotschaft des Papstes
- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut - Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 101 Gerald Götting: Christen arbeiten mit, planen mit und regieren mit

Verkaufspreis 0,50 DM - Doppelheft 1,- DM